Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 16. Nov. bis 22. Nov. 45 Goldpfg.
Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige
Redaktion: Johannisstr. 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige
Reklamen 80 Goldpfennige
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 271 — Dienstag, 18. November 1924 — 31. Jahrgang

Der Wahlaufruf der Gewerkschaften.

Es gibt nur eine Partei, auf die Verlaß ist.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der **Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft,** ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet.

So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung.

Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wiederanderswerden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen, die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, so viel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stätten des Klassenkampfes auf den Boden einer Radaubühne hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu verekeln.

Oder ist der Reichstag keine Stätte des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Lärmszenen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen **Achtstundentag** wieder bekommen sollen? **Im Reichstag.** Wo wird das **Arbeitsgerichtsgesetz,** das **Arbeitsvertragsgesetz,** die **Schlichtungsordnung,** das **Tarifgesetz** gestaltet? Wo wird die **Arbeitslosenversicherung** geschaffen und wo wird die **Reichsversicherungsordnung** den Verhältnissen angepaßt? **Im Reichstag.**

Wo allein ist es möglich, das **Koalitionsrecht** zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? **Im Reichstag.** Wo wird die **Verteilung der Lasten** gesetzlich geregelt, die der **Dawes-Plan** uns gebracht hat? Wo wird über die **Zollpolitik** entschieden? **Im Reichstag.** Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um Euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen Ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt.

Es geht um Euer tägliches Brot.

Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kindertrompeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder!

Es gibt nur eine Partei,

auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von Euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt Ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade Ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt Eure Stimme der sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die Euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht im Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teiles der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und

Ihr, Gewerkschaftsmitglieder, Ihr seid der Vortrupp.

Laßt Euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit.

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wieder deutsch!

Das Ruhrgebiet nach Abzug der Regie.

Bochum, 17. November.

Die Uebergabe der Regiebahn an die Deutsche Reichsbahn hat sich im Ruhrgebiet überall glatt vollzogen. Der Verkehr hat keine Unterbrechung erfahren. Wenngleich die Bevölkerung und die Eisenbahner des besetzten Gebietes aus leicht verständlichen Gründen jede öffentliche Kundgebung ihrer Freude unterließen, so ist ihre Genutuung über die Befreiung des Reichsbahnnetzes noch größer als bei den früheren Abschnitten der wirtschaftlichen Räumung. Soweit es der Fahrplan der Regie gestattet, der noch bis zum 1. Dezember beibehalten wird, sind bereits am Sonntag einige Eilgüterzüge auf große Entfernungen, so zwischen Köln und Berlin, eingelegt worden. Auch die Milchzüge fahren wieder wie vor der Ruhrbesetzung. Mit der Durchführung des neuen deutschen Fahrplans am 1. Dezember werden die Verkehrsverhältnisse wiederhergestellt, wie sie vor dem Einmarsch der französisch-belgischen Truppen bestanden haben. Die Züge aus der Richtung Schwerte, die bisher nur bis Hörde fuhren und von dort nach Dortmund-Süd umgeleitet werden mußten, fahren jetzt wieder unmittelbar nach Dortmund-Hauptbahnhof. Der Fahrplan auf der Strecke Dortmund—Lünen—Gülmen ist schon am Montag verbessert. Auf den großen Bahnhöfen sind bereits wieder durchgehende Fahrkarten für alle deutschen Strecken zu haben. Die früheren Pächter der Bahnhofswirtschaften und Buchhandlungen sind wieder in ihre alten Vertragsrechte und Pflichten eingesetzt und nehmen fast durchweg zusammen mit dem deutschen Eisenbahnpersonal ihre Tätigkeit wieder auf. Die meisten französischen und belgischen Reklameeinrichtungen auf den einzelnen Bahnhöfen waren am Montag bereits verschwunden. Die Gebäude der Eisenbahndirektion Essen und die beiden Verkehrsämter in Essen sind von den französischen Beamten verlassen bis auf einige wenige, die die Geschäfte der Regie abwickeln. Auf den Bahnhöfen bleiben zunächst neben den deutschen Bahnhofsvorständen noch die militärischen Bahnhofskommandanturen der Besatzung bestehen. Die Leitung der Reichsbahndirektion Essen, die nach der Räumung Dortmunds von Hamm nach Dortmund übersiedelte, wird bald nach Essen zurückkehren. Das Wagenamt hat bereits seine Tätigkeit im Direktionsgebäude aufgenommen. Die fühlbare Erleichterung, die das Verschwinden der Micum und der Regie mit ihren vielen Beamten für das besetzte Gebiet bringt, wird sich auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens zeigen. Zahlreiche für das französisch-belgische Personal beschlagnahmte Wohnungen sind frei geworden und viele deutsche Familien verlieren ihre ausländischen Zwangsmieter. — Ein Erfolg des „Zweiten Versailles“.

Soll die Saar dafür leiden?

SPD. Saarbrücken, 17. November. (Eig. Drahtber.)

Auch das Saargebiet muß nunmehr herhalten, um die bisher bei der jetzt aufgelösten Micum beschäftigten Arbeiter und Angestellten, deren Unterbringung den Franzosen sonst große Schwierigkeiten bereitet, neue Beschäftigung zu geben. Auf den französischen Gruben des Saarreviers sind in letzter Zeit eine größere Anzahl von Beamten und neuerdings auch Arbeiter der Micum eingetroffen. Die einzelnen Transporte umfassen durchschnittlich 30 bis 50 Mann. Sie werden vom Bahnhof Saarbrücken nach der Kaserne geleitet und von dort bis zu ihrer Unterbringung an ihrer neuen Arbeitsstätte verpflegt.

Der verlassene Kommunismus.

Klagelied der KPD.-Zentrale über Anhalt.

Berlin, 18. November (Radio)

Die Zentrale der kommunistischen Partei muß heute in einem Aufruf an die kommunistische Organisation in Anhalt, soweit sie überhaupt noch besteht, ihren Stimmenverlust bei der Wahl eingestehen. Sie sagt:

„Der Ausgang der Landtagswahlen in Anhalt hat bewiesen, daß gewisse Schichten van Kleinbürgern und Kleinbauern sowie Arbeitern den Kommunismus verlassen und der SPD. ihre Stimme gegeben haben. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist uns bekannt. Sie liegt darin, daß die kommunistischen Abgeordneten im Anhalter Landtag in diesem Sommer zum Sturz der sozialdemokratisch-demokratischen Regierung beigetragen haben“.

Höchst interessant! — Der Lübecker Kommunist verschwor sich bekanntlich nach der Wahl, daß die Sozialdemokraten keineswegs kommunistische Stimmen gewonnen hätten.

Wohnungselend, Bodenreform und Sozialismus.

Von Victor Noack.

In seinem berühmten Werke „Die Bodenreform“ schildert Dr. Adolf Damaschke die schweren Schäden des Wohnungsmangels für die Gesundheit und die Sittlichkeit des Volkes auf Grund von Vorkriegserfahrungen. Der Krieg hat das Wohnungselend unbeschreiblich gesteigert. Heute weiß und fühlt das ganze Volk, daß die Wohnungsfrage die soziale Frage ist. Weniger in das allgemeine Gewissen eingedrungen ist die natürlich nächstfolgende Erkenntnis, daß in der Wohnungsfrage die Bodenfrage wie der Kern in der Nußschale steckt. Daraus folgt, daß die für das deutsche Volk außerordentlich weittragende Entscheidung des 7. Dezember sich auch vollziehen wird unter der Parole „Her mit dem Bodenreformgesetz!“

Prüfe jeder, den Wohnungsnot drückt, jeder, der aus der stickigen Mietskaserne heraus möchte, in dem die Sehnsucht abgestorbener Generationen, eine eigene Heimstätte zu besitzen, lebendig ist, prüfe jeder, bevor er seinen Mann wählt: Wie steht dieser Mann zur Bodenreform?

Wie steht die Sozialdemokratie zur Bodenreform, d. h. auch zur grundsätzlichen Lösung der Wohnungsfrage? — Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.) schrieb im Oktober 1921 (Nr. 53):

„Das offene und öffentliche Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Bodenreformern. . . . . hat große geschichtliche Bedeutung; denn es ist der Ausdruck für eine zwiefache Erkenntnis, die mit Gewalt sich den Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufdrängt:

1. Mit Aenderung des Bodenrechtes muß jede soziale Reform beginnen.
2. Die Möglichkeit zur Reform ist gegenwärtig außerordentlich günstig.“

Im Frühjahr 1922 sprach Damaschke vor Funktionären der SPD. und des ADGB. über das Verhältnis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Bodenreform. Dieser Vortrag ist in erweitertem Umfange 1923 bei Gustav Fischer in Jena unter dem Titel „Marxismus und Bodenreform“ veröffentlicht worden. Die Schrift ist heute bereits in einer Auflage von 25 000 verbreitet, eine Neuauflage ist in Vorbereitung. Das beweist, daß sehr weite Kreise für ihren Inhalt stark interessiert sind. Sie verdient aber auch von der Arbeiterschaft, insbesondere von unseren Parteigenossen, aufmerksam gelesen zu werden. In der knappen und dennoch eindringlichen Sprache, die nur dem gegeben ist, der die Materie absolut beherrscht, berichtet sie, welche Rolle die Bodenfrage gespielt hat in der großen französischen Revolution, wie die Bodenverteilung Frankreich widerstandsfähiger gemacht hat gegen wirtschaftliche Krisen, die andere Industriestaaten schwer erschütterten; sie berichtet über die Bedeutung der Bodenreform im neuen Rußland, im politischen Programm Lenins, berichtet über den bodenreformerischen Charakter des Zionismus. In allen neuen Staaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, in der tschechoslowakischen Republik, in Groß-Rumänien, Jugoslavien steht die Bodenreform im Mittelpunkt leidenschaftlicher Kämpfe.

Das wesentlichste der Schrift aber ist der Nachweis, daß der größte Heros der deutschen Sozialdemokratie, Karl Marx, im Grunde seiner Seele Bodenreformre war. Damaschke erwähnt ein Marx-Zitat aus dem ersten Bande des „Kapital“:

„Die Expropriation (Enteignung) der Volksmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist und jeder Ansiedler daher einen Teil in sein Privateigentum und idividuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an deren Operation zu verhindern. Die Lohnarbeiter verwandeln sich beständig in unabhängige Produzenten, die, statt für das Kapital, für sich selbst arbeiten und statt den Kapitalisten, sich selbst bereichern.“

Zitat an Zitat aus der Gewerkschaftspresse. Anträge der sozialdemokratischen Organisationen, die 1920 für das neue Parteiprogramm der Sozialdemokratie eingebracht wurden u. a. m. reiht Dr. Damaschke aneinander. Er beweist mittelst dieser Zeugnisse, die Masse hat erkannt: Bodenreform ist soziale Vorbedingung für die Erfüllung weitergehender sozialdemokratischer Forderungen.

Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung auch für den Artikel 155 der Reichsverfassung gestimmt, der, echt bodenreformerisch, auch ein Enteignungsrecht auf Grundbesitz gewährt, das Recht, Fideikommisse aufzulösen, unverdienten Wertzuwachs der Gesamtheit nutzbar zu machen und alle Bodenschätze und wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte unter Staatsaufsicht stellt. Die Sozialdemokratie hat am 10. Mai 1920 in der Nationalversammlung auch das Heimstättengesetz mitbeschlossen und der Entschließung der Nationalversammlung zugestimmt, die von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation und zur sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes fordert. Die Gewerkschaften haben dann einen „Aktionsausschuß für das Reichsheimstättenamt“ gebildet, der sich mit einem durchaus bodenreformerischen programmatischen öffentlichen Aufruf in das politische Leben einführte, und der auch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Schlicke veranlaßte, dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Bodenreformer, Dr. Adolf Damaschke, den Vorsitz im „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ zu übertragen. Im „Ständigen Beirat“ sind sechs Vertreter der Spitzengewerkschaften. **Sie haben mitgearbeitet an dem Bodenreform-**

gesetzentwurf, der in seinen wesentlichsten Bestimmungen die Gemeinde verpflichtet, Bodenvorratswirtschaft zu treiben und ihnen hierzu ein Antaufs- und Enteignungsrecht zusteht. Im März 1922 forderten in gemeinsamer Kundgebung die SPD., USPD., ADGB., Afa, Freigewerkschaftliche Fraktion des Reichswirtschaftsrates u. a. m. die Vorlage dieses Gesetzentwurfes an den Reichstag.

Darauf folgte die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Vorschlages zur Bodenreform (Richtlinien der Sozialdemokratie). „Kein Zweifel," heißt es hierzu, „daß der Urinstinkt des Volkes das Richtige trifft, wenn er die Lösung der Bodenfrage als einen Teil, und zwar einen wichtigen Teil der Sozialreform verlangt, die zur Ueberwindung des Kapitalismus führen soll." Damaschke begrüßt das Erscheinen dieser sozialdemokratischen bodenreformerischen Proklamation mit den Worten: „Was man auch im einzelnen gegen diese Richtlinien einwenden mag, sie haben die Bodenreform auf die Tagesordnung des deutschen öffentlichen Lebens gesetzt, und sie verschwindet nicht mehr daraus bis zur befriedigenden endgültigen Lösung."

Hiermit ist in der Tat bewiesen, daß die Gedanken der Bodenreform von der Sozialdemokratie aufgenommen und heute offiziell vertreten werden. Es ist wichtig, die vielen hunderttausend Reichstagswähler, die heute teils bewußt, teils unbewußt im Strom der Bodenreform schwimmen, wissen zu lassen, daß der sozialdemokratische Kandidat grundsätzlich für die Ziele der Bodenreform eintritt, daß die Bodenreform heute ein Teil des sozialdemokratischen Programms ist.

Der Kampf der Beamten ums Recht.

Die verderbliche Taktik des A. D. B.

Der Besoldungsausschuß des ADGB. hat in seiner Sitzung vom 17. November zu den bevorstehenden Besoldungsverhandlungen Stellung genommen und das Ergebnis seiner Beratungen in den folgenden Entschließungen zusammengefaßt:

1. Der Besoldungsausschuß des ADGB. erinnert daran, daß der Vorstand mit allen Mitteln bestrebt war, das Reichsfinanzministerium zu Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtengehälter zu veranlassen. Er verwahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Ankündigungen des Reichsfinanzministeriums, das mit einer „maßvollen Anpassung der Gehälter an die Friedensnominalgehälter" die Not der unteren Gruppen zu beseitigen glaubt und beauftragt daher seine Vorhändler, in den am 20. November stattfindenden Besoldungsverhandlungen mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß in erster Linie für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine ausreichende Anpassung der Gehälter an die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse stattfindet. Darüber hinaus ist erneut gegen die Ungerechtigkeit der Besoldungsregelung vom 1. Juni 1924 vorzugehen. Zur Behebung der vollständigen Mittellosigkeit, namentlich der geringstbesoldeten unteren Gruppen, sind ferner sofortige Regierungsmaßnahmen zu fordern, um die Beschaffung von Wintervorräten zu ermöglichen.

Der Besoldungsausschuß betrachtet die von ihm im Rahmen dieser Grundsätze gesondert aufgestellten Verhandlungsgrundlagen als Mindestforderungen und hält alle ungünstigeren Verhandlungsergebnisse für untragbar.

2. Das Verhalten des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbahngesellschaft in der Frage der Gehalts- und Lohnerhöhung für Beamte, Angestellte und Arbeiter und die von ihnen eingeschlagene Taktik gegenüber den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft hat jeglichen Unterschied zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den nach privatkapitalistischen Grundsätzen handelnden Arbeitgebern verwischt. Gegenüber der Masse des beamteten und nichtbeamteten Personals ist an Stelle der staatspolitisch notwendigen ausgleichenden Gerechtigkeit ein System angewandt worden, das rücksichtslos über die Lebensnotwendigkeiten dieser Arbeitnehmergruppen hinwegschreitet. Diese Einstellung der amtlichen Stellen muß auch die Beamtenschaft endlich erinnern lassen, daß eine beschleunigte Umstellung ihrer bisherigen Taktik bei den Besoldungsverhandlungen erforderlich ist. Durch die Trennung der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowohl in örtlicher als auch in zeitlicher Beziehung wurde die früher gemeinsame Verhandlungskommission der Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter, die mehrfach erfolgreich gewirkt hat, auseinandergerissen; dadurch ist die in der Einheit verkörperte Macht dieser Gruppen erheblich geschwächt worden.

Bedauerlicherweise hat der Deutsche Beamtenbund die zielsetzenden Tendenzen des Reichsfinanzministeriums unterstützt

und die Abtrennung der Gehaltsverhandlungen der Beamten von den Lohnverhandlungen der Arbeiter gefördert. Der erste Schlag, der der Beamtenschaft infolge dieser Kraftzersplitterung versetzt wurde, war die Besoldungsregelung vom 1. Juni 1924, die

für die unteren Gruppen 17%, für die oberen Gruppen aber 71% Zulage

ergab. Eine weitere Folge der Kräftezersplitterung ist die unwürdige Behandlung der Vertreter der Beamtenschaft durch das Reichsfinanzministerium, die im Gegensatz zu den sonst üblichen Verhandlungen nur noch zu informierenden Besprechungen eingeladen wurden.

Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen haben unter diesen Verhältnissen am schwersten zu leiden. Die Kaufkraft ihrer Gehälter steht im krassen Mißverhältnis zu den dauernd steigenden Preisen von Lebensmitteln, Kleidung und wichtigen Bedarfsartikeln. Für die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen ist daher ebenso wie für die Angestellten und Arbeiter die Schaffung der Friedenskaufkraft der Gehälter und Löhne das Gebot der Stunde. Zur Erreichung dieses Zieles ist sofortige Schaffung der Einheitsfront der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Gehalts- und Lohnverhandlungen Voraussetzung. Der Besoldungsausschuß des Reiches erwartet daher vom Bundesvorstand, daß er gemeinsam mit dem ADB. und AfA-Bund die hierzu erforderlichen Maßnahmen ergreift. Der Besoldungsausschuß hat weiterhin beschlossen, unmittelbar nach den Verhandlungen wieder zusammenzutreten, um zu dem Ergebnis Stellung zu nehmen und gegebenenfalls dem Bundesvorstand zur Ergreifung der notwendigen weiteren Schritte Vorschläge zu machen.

Die Not der Schupobeamten.

SPD. Im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldungsfrage wurde in den letzten Tagen auch die Besoldung der Schupobeamten verschiedentlich in der Presse erörtert. Dabei wurde ganz allgemein auf die schlechten Gehälter der Schupobeamten hingewiesen.

Zweifellos ist die Besoldung der Polizei ähnlich wie bei der übrigen Beamtenschaft im Vergleich zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten nichts weniger als zufriedenstellend; namentlich sind die Gehälter der verheirateten Schutzpolizeibeamten durchaus unzureichend. Die unverheirateten Polizeibeamten, die in den Kasernen wohnen, stehen sich verhältnismäßig besser als die verheirateten mit eigenem Hausstand. So bezieht z. B. ein Polizeiunterwachtmeister, der Stufe 1 in Besoldungsgruppe 2, im ganzen Monat 101,80 Mark. Davon gehen für Verpflegung in der Kaserne rund 27 Mark, für Unterkunft rund 12 und für Steuern rund 5 Mark ab. Nach allen Abzügen verbleiben diesem Beamten pro Monat 57,92 Mark. Da die Ernährung in den Kasernen, wie der Küchenzettel zeigt, kräftig, ausreichend und im Vergleich zum Preis (80 Pfennig pro Tag) auch billig ist, langen die 57 Mark bei einiger Einschränkung wenigstens so eben. Aber schließlich hat auch der Polizeibeamte einmal andere Bedürfnisse als nur für den nackten Lebensunterhalt zu arbeiten.

Vielleicht wäre ein vorläufiger Ausweg durch die sofortige Aufhöhung der Sozialzulagen gegeben. Bei einer Verdoppelung käme der verheiratete Polizeibeamte möglicherweise auf eine Steigerung seines Gehaltes um ein Drittel. Das wäre für ihn wenigstens vorläufig eine fühlbare Erleichterung.

Der Berliner Verkehrsstreik.

SPD. Der Streik des Fahrpersonals der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, der nunmehr eine Woche dauert, hat zu einer solchen Zerrüttung des Berliner Verkehrswesens geführt, daß sich der Oberbürgermeister von Groß-Berlin am Montag im Namen des Magistrats telegraphisch an den Reichsarbeitsminister gewandt und diesen „im dringenden Interesse der Bewältigung des Berliner Verkehrs" um den unverzüglichen Versuch einer Vermittlung gebeten hat. Der Reichsarbeitsminister befindet sich allerdings zurzeit gar nicht in Berlin. Dazu kommt, daß ein Eingreifen für den Reichsarbeitsminister deshalb besonders schwierig ist, weil er den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat, gegen den der Streik der Hochbahner sich richtet.

Musterung der deutschnationalen Spitzenkandidaten.

„Oberkopf etwas schwach entwickelt, aber die Hände garantieren große Schlagfertigkeit. K. v." (Kandidaturverwendungsfähig.)

Der neue Lübecker Spitzenkandidat der Deutschnationalen.

General, Graf, Rittergutsbesitzer.

Wie die Demokraten, denen ihr bisheriger Kandidat v. Schönaich zu pazifistisch war, haben auch unsere Deutschnationalen ihren bisherigen Spitzenkandidaten Everling abgesägt. Er ist an die zweite Stelle gerutscht und dürfte sich den Reichstag also das nächste Mal von außen ansehen.

An seiner Stelle marschiert der Rittergutsbesitzer — das deutschnationale Blättchen sagt sehr schön dafür „bodenständiger Landwirt" — General Graf v. d. Schulenburg an der Spitze.

Das ist allerdings ein harter Schlag für uns. Welcher Bürger und Arbeiter wird sich nicht für den Herrn Großagrarier begeistern?

Heydebrand †

Am Sonnabend ist der frühere unbestrittene Führer der Konservativen Partei, Dr. v. Heydebrand und der Lasa im Alter von 73 Jahren gestorben. Er hatte seit 1888 dem Preußenlandtag und seit 1903 dem Reichstag angehört. Er, der „ungekrönte König von Preußen", der mächtigste Mann in den wilhelminischen Parlamenten, ist kurz vor der Revolution politisch stumm geworden. Der Zusammenbruch der militärischen Front, die plötzliche, von der Obersten Heeresleitung erzwungene Herausgabe des Waffenstillstandsangebots und die Flucht des Kaisers haben ihn, der unerschütterlich den Heeresberichten geglaubt hatte, seelisch zerschmettert. Seine letzten Worte als Parteiführer waren, seitdem im Oktober 1918 die Wahrheit bekannt wurde: **„Wir sind belogen und betrogen worden!"** Seitdem lebte er völlig zurückgezogen vom öffentlichen Leben. Nach ihm nahmen unter dem Namen der Deutschnationalen Partei andere das Banner der Monarchie wieder auf. Die nämlich, die seinerzeit wacker mitgeholfen hatten, das deutsche Volk zu belügen und betrügen und die genügend Gemütsathleten waren, um dieses ehrenhafte Handwerk fortzusetzen.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Eine interessante Regierungserklärung.

Amtlich wird mitgeteilt: Wie über die soziale Last im allgemeinen, so haben gewisse Unternehmerkreise auch über die angebliche Mehrbelastung, die der Uebergang von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung mit sich bringen soll, ganz phantastische und übertriebene Ziffern verbreitet. Die Mehrbelastung soll danach 100 Prozent und mehr betragen. Sie soll dadurch entstehen, daß in der Erwerbslosenfürsorge Voraussetzung für die Unterstützung Bedürftigkeit ist, während in der Arbeitslosenversicherung eine solche Bedingung natürlich ausgeschlossen ist, da man einem Arbeitnehmer nicht die Zahlung von Beiträgen zumuten kann ohne ihm auch bei Eintritt des Versicherungsfalles die Versicherungsleistung zu gewähren. In einer großen Zahl der bedeutendsten Arbeitsnachweise Deutschlands hat nunmehr eine Untersuchung darüber stattgefunden, wieviel die Mehrbelastung bei Wegfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung tatsächlich betragen würde. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die Mehrbelastung nicht entfernt den von Unternehmerseite angegebenen Betrag erreichen würde. Im großen Durchschnitt wird sie nicht mehr als 20 v. H. betragen. Gerade bei den größten Arbeitsnachweisen in ausgesprochenen Industriegegenden — so in Berlin, in Teilen des Ruhrgebiets, im sächsischen Industriebezirk usw. — liegt sie sogar wesentlich tiefer. Es ist an der Zeit, daß mit den unrichtigen Ziffern der Unternehmerkreise über die Lasten der Sozialpolitik gründlich aufgeräumt wird.

Das ist fast wörtlich dasselbe, was wir in unserm Artikel „Arbeitslose — denkt daran" gesagt haben. Hoffentlich zieht die Regierung nun auch die notwendigen Konsequenzen aus ihrer Einsicht. Ob sie's tun wird, das hängt allein vom Ausgang der Wahlen ab.

Die Wetterfahne dreht sich!

Was das Ausland über Stresemanns neue Rede sagt.

Paris, 15. November.

Die französische Presse zieht aus der letzten Rede Stresemanns den Schluß, daß es mit den Wahlaussichten der Reaktion und der Nationalisten schlecht bestellt sein müsse. Anders, so meint der „Temps", läßt sich die neue Schwenkung, die Stresemann in seiner Rede in Dortmund vollzogen habe, nicht erklären. Das Unglück sei nur, daß Stresemann, der sehr viel rede, niemals im gleichen Tone rede und seine Ansicht sehr häufig zu wandeln pflege. Das Blatt hält die Rede in Dortmund der Rede gegenüber, die Stresemann am 19. Oktober in Frankfurt gehalten hat und in der er sich offen für eine Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen habe. Herr Stresemann scheine mit seiner neuen Schwenkung die Fehler der vergangenen Woche vergessen machen und den Eindruck erwecken zu wollen, als ob er in der Außenpolitik die gleichen Ziele anstrebe, wie der Reichskanzler. Er werde aber vermutlich damit bei der Linken in Deutschland wenig Glück haben. (Sehr wahr! D. Red.) Andererseits zeige diese Schwenkung des Herrn Stresemann, wie stark in Deutschland die Bewegung zugunsten einer internationalen Entspannung und Verständigung sein müsse.

Sozialistischer Kurs in Dänemark.

Die Vollabrüstung.

Kopenhagen, 17. November. (Radio.)

In der Abrüstungsdebatte im dänischen Parlament kam am Montag der einzige nichtsozialdemokratische Minister, Außenminister Graf von Moltke, nach dort und stellte sich voll und ganz hinter den Abrüstungsvorschlag Stauning, nachdem er festgestellt hatte, daß der Völkerbundspakt Dänemark keinesfalls die Aufrechterhaltung einer Militärmacht auferlege, nannte er den Abrüstungsvorschlag eine Notwendigkeit zur Schaffung von Klarheit über Dänemarks außenpolitische Stellung. Mit dieser klaren Zustimmung des Außenministers ist die Taktik der reaktionären Parteien in Dänemark, den Außenminister gegen das übrige sozialistische Kabinett auszuspielen, fehlgeschlagen.

Kronenstabilisierung.

Kopenhagen, 18. November. (Radio.)

Der dänische Ministerpräsident, Genosse Stauning, hat am Montag dem dänischen Parlament den mit großer Spannung erwarteten Stabilisierungsvorschlag vorgelegt. Er verlangte eine Stabilisierung der dänischen Krone vorläufig bis zum 1. 1. 27 auf 5 Kronen 49 Oere für den Dollar. Der jetzige Stand ist 5 Kronen 65 Oere. Die Nationalbank soll auf Valuta-Reverse unter Garantie des Staates eine Dollaranleihe von 40 Millionen Dollar in Neuyork aufnehmen.

Seipel endgültig zurückgetreten.

SPD. Wien, 17. November. (Eig. Drahtb.)

Am Montagnachmittag stellte Dr. Seipel in einer Sitzung der Christlich-sozialen Fraktion die Frage, ob sie seine Stellungnahme billige oder die der Landeshauptleute. Darauf hat der Klub mit Dreiviertelmehrheit die Haltung der Landeshauptleute gebilligt. Es handelt sich dabei um folgendes: Der Bundeskanzler hat den Landeshauptleuten zugemutet, daß sie auf die Finanzhoheit der Länder zugunsten des Bundes förmlich verzichten. Dazu waren die Landeshauptleute nicht zu bewegen, da sie damit rechnen, daß in absehbarer Zeit doch eine sozialdemokratische Mehrheit im Nationalrat bestehen wird und sie die christlich-soziale Verwaltung in den Ländern nicht den Sozialdemokraten ausliefern wollen. Nachdem der Klub sich so gegen Dr. Seipel ausgesprochen hatte, erklärte dieser, sofort einen Brief an den Präsidenten des Nationalrats richten zu wollen, worin er den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgibt. Dieser Brief ist tatsächlich beim Präsidenten eingetroffen. Der Klub trat später nochmals zusammen, und nun hielt der Bundeskanzler eine Abschiedsrede, in der er zugleich Dr. Ramek als seinen Nachfolger empfahl. Inwieweit Dr. Seipel selbst nach diesen letzten Vorgängen es mit seinen Erklärungen ernst meint, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen.

Der neue Bundeskanzler Ramek.

Wien, 17. November.

Morgen wird Ramek zum Bundeskanzler ernannt werden. Seipel erklärte, ihn unterstützen zu wollen. Seipel bleibt Führer der Christlichen-Sozialen Partei, die ihn eigentlich hat fallen lassen, indem sie den Standpunkt der Länder einnahm, deren föderalistischer Vorkämpfer der Verfasser der extremen Verwaltungsreform Ramek ist. Es ist aber fraglich, ob Ramek ein Kabinett zustande bringt.

Unser Eintritt in den Völkerbund.

Baldwin befürwortet ihn nochmals.

London, 18. November. (Radio.)

Der Generalsekretär des Völkerbundes weilte in diesen Tagen in London, wo er mit den maßgebenden Persönlichkeiten u. a. über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhandelt hat. Der englische Ministerpräsident soll im Verlaufe der Unterredung darauf hingewiesen haben, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund so bald wie möglich erfolgen soll und zwar unter Bedingungen, die seiner Würde entsprechen. Nach Möglichkeit soll ein deutscher Antrag mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen unterzeichnet.

Berlin, 17. November.

Wie wir erfahren, ist das deutsch-schweizerische Handelsabkommen über den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen Montag vormittag 10 Uhr durch den Führer der schweizerischen und der deutschen Vertretung unterzeichnet worden. Das Abkommen bedarf noch der Genehmigung durch die dafür zuständigen Körperschaften beider Länedr und tritt 14 Tage nach der Ratifizierung in Kraft.

Politische Notizen.

SPD. Bochum, 17. November. (Eig. Drahtb.) **Die Entscheidung über die Räumung der nördlichen Zone des altbesetzten Gebietes und im Zusammenhang damit auch die endgültige Stäumung des Ruhrgebietes wird, wie hier verlautet, voraussichtlich im Dezember, kurz nach den deutschen Reichstagswahlen, auf einer Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten fallen.**

*

Köln, 17. November. (Eig. Drahtb.) **Am Montag abend** wurde der sozialdemokratische Beigeordnete der Stadt Köln **Heinrich Schäfer**, der seit dem 8. November vermißt wurde, als Leiche aus dem Rhein gelandet. Er hat wegen der gegen ihn **schwebenden Bestechungsaffäre Selbstmord verübt.**

Schwarz-Rot-Gold in Braunschweig.

Die kochende Studentenseele.

Braunschweig, 17. November.

Der Gau Braunschweig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntag einen großen republikanischen Tag. Die Veranstaltung wurde am Sonnabend abend durch einen Fackelzug eingeleitet, an dem sich mehr als 5000 Personen beteiligten. **Gegendemonstrationen sind nirgends vorgekommen.** Vereinzelt wird gemeldet, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Stahlhelmleute und Angehörige der Reichswehr Flaggenmaste entfernt und schwarz-rot-goldene Fahnen heruntergerissen haben. **Die Täter sind jedoch ermittelt und festgenommen.** Ihrem Verhalten schließt sich eine Protestaktion der technischen Hochschule würdig an. Ihre Studentenschaft hat z. B. u. a. beschlossen, bei dem braunschweigischen Ministerpräsidenten **Protest gegen die Hissung einer schwarz-rot-goldenen Flagge auf dem Gebäude der technischen Hochschule** einzulegen. Es scheint also, daß diese Herren Studenten noch nicht einmal die Reichsflagge kennen.

Zaghluls Rücktritt.

Aegypten steht hinter ihm.

SPD. London, 16. November. (Eig. Drahtb.)

Wie aus Kairo ergänzend gemeldet wird, sprachen sowohl das Parlament als der Senat dem zurückgetretenen Ministerium Zaghlul Pascha das Vertrauen aus. Die innere Krise Aegyptens findet in England angesichts der auf dem Spiel stehenden Interessen größte Bedeutung. Es wird allgemein angenommen, daß Zaghluls Berufung auf seinen schlechten Gesundheitszustand nur ein Vorwand für seinen Rücktritt sei. Die konservative Sonntagspresse nimmt übereinstimmend an, daß die Resignation Zaghluls, die eine Folge der Gegnerschaft der Radikalen und der Minorität in der eigenen Partei sei, lediglich ein Manöver darstelle, um dieser Opposition Herr zu werden. „Observer" stellt fest, daß der Rücktritt nicht als ein Zeichen einer Schwächung der Position Zaghluls, sondern als Stärke seiner Stellung zu deuten sei.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

In die Vorbereitung der Regierung, das **Preisnormalisierungsprogramm** nach der wirtschaftlichen Seite zu ergänzen, fällt das gar seltsame Urteil eines Berliner ordentlichen Gericht: Vor Monaten verurteilte das Schöffengericht einen Innungsobermeister zu einer mäßigen Geldstrafe; der Obermeister hatte einen Schuhmacher mit Geldstrafe belegt, weil dieser Schuhe unter dem von der Innung vorgeschriebenen Preis ausbesserte. Der Schumacher bezeugte, daß er bei einem 1 bis 2 Mark billigeren Preis immer noch gut verdient. Die Innung legte aber, unter Aufbietung einer Menge von Sachverständigen, Berufung ein. Vor dem Berufungsgericht wurde nun festgestellt: Die Arbeit des billigeren Schuhmachers weise wohl Schönheitsfehler auf, sei aber sonst gut. Das Gericht aber sprach den Innungsmann frei, weil er nicht den billigen Schuhmacher zwingen wollte, einen bestimmten Preis zu fordern, da er nur die Absicht gehabt habe, die Käufer vor den Reparaturschönheitsflecken zu bewahren. (!)

Das Urteil des Berufungsgerichtes ist nach mehreren Seiten interessant. Vor allem wird man sich weiter mit ihm beschäftigen müssen; der Schuhmacher hat nämlich nachgewiesen, daß er, in einer Arbeitergegend Berlins ansässig, **für Proletarier arbeitet, die unmöglich den übersetzten Innungspreis zahlen können.** Dieser Innungspreis ist also geeignet, seine Existenz zu untergraben. Das Kartellgericht, das oberste Wirtschaftsgericht in Deutschland, hat aber immer noch den Zwang, unangemessene Preise zu fordern, für unstatthaft erklärt. Wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis des obersten Gerichts einer ganz allgemeinen Untersuchung der Preisverabredungen in den Innungen zugrunde gelegt wird, die wohl nach dem seltsamen Urteil des Berliner ordentlichen Gerichts nicht zu vermeiden ist. Es geht eben nicht an, durch faule Ausreden einen **ausgesprochenen Leistungswucher** zu beschönigen.

Viele unserer Leser werden überhaupt erstaunt sein, einen Innungsmeister Geldstrafen verhängen zu sehen. Die Tatsache aber, daß eine Privatperson in Deutschland 120 Jahre nach Zusammenbruch des alten Feudalstaates mit seinen zunftmäßigen Wirtschaftsbedingungen dieses Recht hat, erklärt sich nicht allein aus der Mittelstandspolitik, **die zum Schaden der deutschen Wirtschaft durch die bürgerlichen Regierungen betrieben wurde.** Vielmehr ist ganz allgemein eine Rückentwicklung der liberalen Doktrin, der Prinzipien der freien Konkurrenz, infolge Zersetzung des kapitalistischen Systems und des Unvermögens, ein neues Wirtschaftssystem auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage zu entwickeln, in Richtung mittelalterlichen Zunftwesens festzustellen. Die Psyche des deutschen Unternehmertums spielt in unserer Wirtschaftsnot eine besondere Rolle. Auch bereits in produktionstechnischer Beziehung. Wie unsere Handelsmethoden rückständig sind, so behaupten Kenner der amerikanischen Technik, daß man sich drüben, jenseits des großen Teiches, totlachen würde, wenn sie sähen, wie z. B. in einem der größten deutschen Betriebe noch immer Kessel fabriziert werden. Zwischen Ford und unserem Verbandssyndikus liegt, entwicklungsgeschichtlich betrachtet, mehr als ein Jahrhundert.

Von solchen Leuten soll Deutschland nun aufgebaut werden! Solche Geister maßen sich an, wirtschaftlich und politisch Führer zu sein. Während der deutsche Arbeiter unter den drückendsten Bedingungen in jeder Industrie die Fähigkeit wieder erlangt hat, Vorkriegsproduktionsziffern zu erreichen, wird das deutsche Unternehmertum eine immer größere Gefahr für die deutsche Witschaft. Es wird doppelt gefährlich, weil diese kleinen Stinnesse bei reduzierter Tüchtigkeit die Kunst der Organisation gelernt haben, die danach strebt, **die Gesetzesmaschine in den Dienst ihres schrankenlosen Wirtschaftsorganismus zu stellen.**

Hier wird ja der Wahltag am 7. Dezember beweisen müssen, ob das deutsche Volk aus anderem Holz als seine industielle Oberschicht geschnitzt ist. Die Wahlanstrengungen des Bürgertums sind wohl zu begreifen. Das Unternehmertum hat dabei seine besonderen Gründe. Wenn wir oben eine Analyse desselben zu geben versuchten, so soll daraus gefolgert werden, daß eine künftige Regierung, die wirklich unsere Wirtschaft sanieren will, sich endlich hart auf hart mit dem Kartellunfug auseinandersetzen muß. In dieser Beziehung kann ein Vortrag von Bedeutung werden, den der Vorsitzende des Kartellgerichts Dr. Lucas vor kurzem auf Veranlassung der Berliner Handelskammer gehalten hat. Dieser Schritt in die Oeffentlichkeit ist gerade bei diesem Institut, dessen Publizität äußerst mangelhaft ist, besonders zu begrüßen. Nach den Ausführungen des Vortragenden wird die Spruchpraxis des Gerichts wohl von der Notwendigkeit der Preissenkung durch Lockerung der Kartelle, aus der heraus ja die Kartellverordnung geschaffen worden ist, beeinflußt. Wenn wir Herrn Lucas aber recht verstanden haben, hapert diese gute Absicht an der Verordnung, die, vor einem Jahr überhastet herausgebracht, viele Mängel aufweist. Die Reform der Verordnung durch den neuen Reichstag entspricht schon der allgemeinen Meinung und der Notwendigkeit, die Preise weiter zu normalisieren.

Zwei Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben werden die Reform zur Notwendigkeit machen: die neue Preisbefestigung und die neue Konzentrationsbewegung. Im ersten Falle ist es die Stahl- und Eisenindustrie, die bedeutend höhere Preise durchsetzt. Dabei interessieren die Verhältnisse auf dem internationalen Kupfermarkt, wo die Marktpreise sehr gestiegen sind und Deutschland beinahe die wichtige Verbraucherrolle wie vor dem Kriege spielt. Man rechnet mit starken Bestellungen der neu umgestellten Reichseisenbahn und scheint sich diese zunutze machen zu wollen. Das ist insofern ungerecht, als die deutschen Importeure sich angesichts des zusammengebrochenen Kupferpreises billig eingedeckt und beträchtliche Gewinne gemacht haben. Wir erinnern nur an die Mansfeld A.-G., die überraschend schnell an die Abtragung der Staatskredite gehen konnte. Auch die Getreidepreise zeigen starke Schwankungen (bis 20 Mk. pro Tonne) nach oben. Hier ist die Getreidepreishausse an den amerikanischen Märkten von Bedeutung, und zwar soll es sich um deutsche Deckungen gegen frühere Terminverkäufe handeln, die die Preise in die Höhe treiben. Angesichts der nahenden Ernte in Argentinien und Australien müssen von den maßgebenden deutschen Stellen Maßnahmen ergriffen werden, die günstige Lage gegen spätere spekulative Brotpreishaussen auszunutzen.

Bei der Befestigung des Preisniveaus in der Eisen- usw. Industrie hat ja (Rohstahlverband) die Kartellierung im Vordergrund gestanden. Im allgemeinen scheint hier die Westindustrie eine umfassende Neuorientierung vornehmen pu wollen (Barop, Walzwerk, Barné, Elberfeld, van der Zygen usw.). Zu gleicher Zeit sind aber auch die Kämpfe um das Kohlensyndikat, das endlich das Reparationskohlenabkommen unter Dach und Fach gebracht hat, aufs neue entbrannt. Hier dreht sich der Streit um die Gültigkeit des Zwangssyndikats, in dem man den Reichskohlenrat als entscheidende Instanz interpellieren zu wollen scheint. Von vielem Interesse sind auch die neuen Kräftekonzentrationen in der deutschen Schiffahrt, die zurzeit internationalen Charakter haben. Der Vereinbarung der Hapag und des Lloyd mit englischen und amerikanischen Reedereien, der Regelung im Orient-, und Levante-Dienst und dem Afrika-Pool folgt jetzt die sogenannte Cuba-Konferenz, **die eine Konkurrenzklausel zwischen dem Lloyd, der Hapag und den Hugo-Stinnes-Linien bedeutet.**

Auf dem Markt wird dies Bild ergänzt durch Vorbereitungen internationaler Absatzabkommen; interessiert ist neben der Kali- und Farben- besonders die Stickstoffindustrie, die das Kunststück fertigbrachte, ihre anerkanntermaßen riesig übersetzten Preise abermals zu erhöhen.

Neuorganisation der Preisprüfungsstellen.

Das Preisabbauprogramm der Reichsregierung enthält auch den Plan einer Neuorganisierung der mittleren Preisprüfungsstellen. Von einer eigentlichen Reform kann jedoch, wie wir hören, kaum gesprochen werden, da irgendwelche wesentliche Abänderungsvorschläge im Reichswirtschaftsministerium nicht vorliegen. Es bleibt im großen und ganzen bei der gegenwärtig in den Ländern geltenden Form. Die Reichsverordnung vom 13. Juli 1923 gibt bekanntlich nur die allgemeinen Grundzüge für die Errichtung der Preisprüfungsstellen, das Schwergewicht liegt in dem Ausbau der Stellen durch die Länder. Die örtlichen Preisprüfungsstellen sind an die Kommunen, die mittleren an die Staatsverwaltung angegliedert. Preußens Ziel besteht darin, das bisherige bunte Durcheinander zu beseitigen und eine einheitliche Organisation zu schaffen. Es wird in jeder Provinz je eine mittlere Preisprüfungsstelle geschaffen, die bei dem Oberpräsidenten (in Berlin beim Polizeipräsidenten) ihren Sitz hat. Sachverständige der Wirtschaft werden als Angestellte der Preisprüfungsstelle die Arbeiten erledigen. Die Hauptaufgabe liegt darin, von höherer Warte aus und in ständiger Fühlungnahme mit den großen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen durch Kontrolle der Kartelle, Syndikate u. dergl. in der Preisbildung vorbeugend zu wirken.

Der Ausbau der mittleren Preisprüfungsstellen erfordert natürlich größere Mittel. Im preußischen Landtag wurden durch die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion zunächst einmal 100 000 Mark bereitgestellt. Es besteht Gewähr dafür, daß weitere Gelder für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden.

Auktion der Kamerunplantagen.

Am 24. und 25. November werden in London die deutschen Pflanzungen des englischen Gebietes von Kamerun meistbietend versteigert. Gegen die Zulassung der Deutschen zur Versteigerung ist in verschiedenen ausländischen Blättern Sturm gelaufen worden. Die Zulassung der Deutschen ist auf Veranlassung des früheren englischen Ministerpräsidenten Macdonald erfolgt. Wenn also für die ehemaligen deutschen Pflanzer in Kamerun überhaupt die Möglichkeit besteht, die Pflanzungen wieder in ihren Besitz zu bekommen, so verdankt die deutsche Wirtschaft das der englischen Arbeiterregierung.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Husten mit Auswurf müssen Sie schleunigst beseitigen. Wir raten Ihnen, in der Apotheke 50 g echten Fagolot-Extrakt zu kaufen und durch Aufkochen mit 1/4 Pfd. Zucker und 1/4 Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Sicher: Adler-Apotheke, Mengstraße 10. (12383

Ia. Natur-Skunks

Die ersten beiden Worte sind beim Einkauf einer Skunks-Garnitur zu beachten.
Die **größte** Auswahl, ganz erstklassige eigene Verarbeitung, sowie billigste Preise bietet Ihnen das

Pelz-Haus

Friedrich Zimmermann

Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße. 12392

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

13. Fortsetzung.

Ihm schlug das Herz. Schon einmal hatte sie so vor ihm gestanden und auf ihn eingeredet. Er glaubte noch das rauhe Lachen zu hören über seine Antworten damals, mit denen er sie abgewiesen hatte. Also wieder dasselbe. Sie sah wie seine Lippen zitterten, und hörte, wie sein Atem rascher ging Noch ein Schrittchen an ihn heran Da richtete er sich auf und ergriff ihre Hand, sie leicht von seiner Schulter zu ziehen. Das Blut flutete in mächtigen Schlägen zum Halse, als sie sagte: „Hast d' auch Hunger im Herz? — He, Lorenz?"

Es war ein ermunternder Ruf. Große Stille war im Haus. Der Bauer kam vor zwei Stunden noch nicht; er hatte am Nachmittag eine Depesche geschickt, daß der Quellmoser verurteilt wäre und er erst in der Nacht käme

„Lorenz?"

Aber da trat das Bild seiner Schwester mit den feinen, leidenvollen Zügen vor ihn, und er sah in dem fahlen Lichte nur die Frau seines Herrn vor sich. Er ließ ihre Hand fahren.

„Wollt 'r das Kind nehme?"

Ob seine Schwester auch so beharrlich gekämpft hätte?

„Ich?" — — Sie trat zornig zurück. — „Ich? — Nie."

Der Knecht wandte sich zum Gehen.

„Fürcht'st dich?"

Die Stimme war herausfordernd. Sie hob den schweren Kopf, und ihre Augen blitzten. Lorenz schwieg. Freilich war es Angst vor drohender Schwüle. Erst Schwächlichkeit, dann Schlechtigkeit. Sein Bauer sollte sich voll und ganz auf ihn verlassen können. Er ballte die Hände zu Fäusten und schlug mehrere Male mit den Armen nach unten, daß es den ganzen Körper durchzuckte.

Sie blieb stumm, als sie das sah; aber ihr Herz ging rascher. „Vielleicht net?" kam es dann einschmeichelnd von ihren Lippen.

Lorenz schüttelte den Kopf.

„Un der Bub?"

Die Frage brachte ihn wieder zum Verweilen.

„Ja, no, was is da zu mache, wenn Ihr 'n net wollt?"

„Der Bauer soll den Bub net um sich habe!"

„Ah?" rief er gereizt. „Immer die alte Geschicht."

„Ich werd den Gedanke net los."

Kaum merkte er, daß sie wieder neben ihm stand.

„Sieht er ihm ähnlich? — Sieht der Bub dem Felshofer gleich?"

Wie ein Schlag trafen ihn diese Worte.

„Felshoferin, so ei is die Kathrin net. Was denkt 'r nur?"

„Ach," sagte sie, „d' hast ja selbst gesagt, wann's ein'm ins Blut kommt. — Ich weiß, wann die Hunde in ei'm zerre und zerrge! Wann die Natur stark wird! An ei'm Tag is 's so, am annern wieder annerster un gut. Sie is doch auch e Weibsbild wie ich, no, un den Felshofer — —"

„Aber 's is net so! — Der Mensch kann auch eisern sei."

„Wie du, Lorenz."

„Un mein Herr!"

Sie fuhr mit einem Spahn in das Oellicht, das an einem rußigen Draht von der Decke herabhing, und stochelte an dem Dochte, daß das Flämmchen unruhig auffuhr und sich die Schatten der beiden wie vom Winde geweht an der Wand hin und her bewegten, als trieben sie selbst ein keckes Fangespiel.

„Un ich glaub 'm Felshofer net."

Dabei schnippte sie mit dem Finger, drehte sich einem der kleinen Schiebefenster zu und starrte einen Augenblick in das Dunkel. Lorenz wartete auf ein letztes Wort.

Die alte Uhr tickte laut.

Endlich wandte sie sich ihm wieder zu.

„Lorenz, was noch?"

„Der Bub."

„Nei, fest muß mer bleibe."

Da ging er hinaus, und sein fester Tritt verlor sich erst, als das Scheunentor hinter ihm in den Angeln knarrte. Warum log sich die Frau nur selbst etwas vor?

*

Die Wälder prangten in allen Schattierungen von Gelb, Braun und Rot. Aber es waren nur wenige ruhige und schöne Herbsttage hier oben. Bald deckte dicker Nebel das Steinfeld, und nur selten war der Blick frei bis zur Teufelswand hin. Wenn dort nicht die Baracke schon wieder bis zum Dachstuhl aufgebaut gewesen wäre, hätte niemand vom Steinfeld Gedanken auf die Teufelswand gehabt. In den nächsten Tagen sollte das Dach gerichtet und noch schnell eingedeckt werden, damit der Winter mit seinem Schnee nicht allzu große Gewalt über den Bau bekäme. Und nachher kommt alles, wie es der Felshofer will.

Der Quellmoser hatte umsonst gesessen.

Geld würde auf den Felshof kommen. Und Geld bringt Macht. Und der Felshofer, der Kerl aus dem Wald, [illegible] die Macht in den Händen haben.

Warum saß nun der Quellmoser immer noch? Wie die Zeit so langsam verstrich. Jetzt, an den langen Abenden, die sie meist im Wirtshaus verbrachten, merkten sie erst, daß er ihnen fehlte mit seinem lauten Wesen und seinen groben Späßen. —

Die Kathrine war immer noch nicht gesund geworden. Ein Arzt war freilich auch nicht zu ihr gekommen; denn warme Schürzen um den Leib und vor der Nacht eine große Tasse Kamillentee, das einzig richtige bei ihrer Krankheit, hätte ihr auch die Kindsmutter verschreiben können; aber es wurde auch nicht besser, sie kam nicht hoch. „Alles hat natürlich sei Zeit!" hatte die kluge Frau gesagt, die hoch in Ehren auf dem Steinfeld stand; denn sie konnte auch das Vieh besprechen und allen bösen Zauber brechen. Wenn die daheim ein Grastuch nahm und an einem Zipfel zog, konnte sie die Kuh im Dorf melken, welche sie gerade wollte.

Mit Zagen und Bangen wartete der Knecht auf der Schwester Genesung. Außer dem Felshofer nahm niemand im Dorf großen Anteil an ihrem Geschick. Was wollte die überhaupt hier oben noch. Die konnte schon längst abgezogen sein.

Der Mauerwillem meinte einst: „S' g'hört in die Klinik."

Wenn das der Lorenz gehört hätte, wäre sie wohl auch hingekommen, und wenn es ihm den Dienst gekostet hätte. Zu Weihnachten würde wohl eine andere Magd auf den Hof kommen, länger wartete die Felshoferin sicher nicht.

Wieder saß die allein in der großen Küche am Herd und starrte in das kleine Licht und in die dämmernde Nacht hinaus. Da kamen auch die alten Gedanken angeflogen Herr, was bist du dumm, daß du dir alles so gefallen läßt! Ist das noch Leben? Er immer im Steinbruch, immer hart gegen sie, immer voll Mißtrauen. . . . Dieser dumpfe Friede im Haus war zum Verzweifeln. . . . Wozu ist man denn stark und noch jung? Muß ich denn verwelken, wenn er es will? Und der Widerspruch wurde in ihr von Tag zu Tag lebhafter und das Begehren nach dem Leben unwiderstehlicher. Heute regte es sich so mächtig, daß es ihr im Ohr klang. Ein leichtes, rasches Klopfen ging in Schauern durch ihren Körper. Langsam, schwer stand sie auf, sich loszumachen von dem Drang, der nur quälte und quälte. Dann kauerte sie sich wieder in eine Ecke und stand wieder auf.

Um des Manneswillen sich verzehren?

Im Hausflur raschelte etwas.

Da fuhr sie wieder auf.

Es war nur die Katze gewesen, die nun über die Schwelle huschte.

„Geh weg!"

Sie hatte heimlich gehofft, der Lorenz wäre es, der um die Zeit gewöhnlich den Schlüssel zum Keller brachte.

„So ei Mannskerle", seufzte sie tief und strich sich über die Stirn, als wolle sie einen drückenden Gedanken abwehren. Wenn sie am Ende das Kind seiner Schwester genommen hätte?

In der Stube schlug die Uhr.

Plötzlich leuchtete in ihren Augen ein starker Wille auf. Sie ging über den Hof, ob der Knecht noch in der Scheune wäre.

„Lorenz!"

„Was soll er?" kam es da von der Einfahrt her durch die jetzt der Felshofer trat.

„Die Stiern war'n unruhig," sagte sie gefaßt und ging langsam in das Haus.

Nachdem der Bauer nachgesehen hatte, ob etwas im Stalle etwa nicht in Ordnung sei, kam er auch in die Stube.

„Nu sein mer bald fertig dräuß. Nächst Woch komme die Zimmerleut."

„'s is gut. — Dann kriegst auch mal Ruh."

„Aber 's kost't doch 'n verflucht Stück Geld. Das hätt' ich am Anfang net geglaubt."

(Fortsetzung folgt.)

gesetzentwurf, der in seinen wesentlichsten Bestimmungen die Gemeinde verpflichtet, Bodenvorratswirtschaft zu treiben und ihnen hierzu ein Ankaufs- und Enteignungsrecht zusteht. Im März 1922 forderten in gemeinsamer Kundgebung die SPD., USPD., ADGB., Afa, Freigewerkschaftliche Fraktion des Reichswirtschaftsrates u. a. m. die Vorlage dieses Gesetzentwurfes an den Reichstag.

Darauf folgte die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Vorschlages zur Bodenreform (Richtlinien der Sozialdemokratie). „Kein Zweifel," heißt es hierzu, „daß der Urinstinkt des Volkes das Richtige trifft, wenn er die Lösung der Bodenfrage als einen Teil, und zwar einen wichtigen Teil der Sozialreform verlangt, die zur Ueberwindung des Kapitalismus führen soll." Damaschke begrüßt das Erscheinen dieser sozialdemokratischen bodenreformerischen Proklamation mit den Worten: „Was man auch im einzelnen gegen diese Richtlinien einwenden mag, sie haben die Bodenreform auf die Tagesordnung des deutschen öffentlichen Lebens gesetzt, und sie verschwindet nicht mehr daraus bis zur befriedigenden endgültigen Lösung."

Hiermit ist in der Tat bewiesen, daß die Gedanken der Bodenreform von der Sozialdemokratie aufgenommen und heute offiziell vertreten werden. Es ist wichtig, die vielen hunderttausend Reichstagswähler, die heute teils bewußt, teils unbewußt im Strom der Bodenreform schwimmen, wissen zu lassen, daß der sozialdemokratische Kandidat grundsätzlich für die Ziele der Bodenreform eintritt, daß die Bodenreform heute ein Teil des sozialdemokratischen Programms ist.

Der Kampf der Beamten ums Recht.

Die verderbliche Taktik des A. D. B.

Der Besoldungsausschuß des ADGB. hat in seiner Sitzung vom 17. November zu den bevorstehenden Besoldungsverhandlungen Stellung genommen und das Ergebnis seiner Beratungen in den folgenden Entschließungen zusammengefaßt:

1. Der Besoldungsausschuß des ADGB. erinnert daran, daß der Vorstand mit allen Mitteln bestrebt war, das Reichsfinanzministerium zu Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtengehälter zu veranlassen. Er verwahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Ankündigungen des Reichsfinanzministeriums, das mit einer „maßvollen Anpassung der Gehälter an die Friedensnominalgehälter" die Not der unteren Gruppen zu beseitigen glaubt und beauftragt daher seine Vorhändler, in den am 20. November stattfindenden Besoldungsverhandlungen mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß in erster Linie für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine ausreichende Anpassung der Gehälter an die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse stattfindet. Darüber hinaus ist erneut gegen die Ungerechtigkeit der Besoldungsregelung vom 1. Juni 1924 vorzugehen. Zur Behebung der vollständigen Mittellosigkeit, namentlich der geringstbesoldeten unteren Gruppen, sind ferner sofortige Regierungsmaßnahmen zu fordern, um die Beschaffung von Wintervorräten zu ermöglichen.

Der Besoldungsausschuß betrachtet die von ihm im Rahmen dieser Grundsätze gesondert aufgestellten Verhandlungsgrundlagen als Mindestforderungen und hält alle ungünstigeren Verhandlungsergebnisse für untragbar.

2. Das Verhalten des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbahngesellschaft in der Frage der Gehalts- und Lohnerhöhung für Beamte, Angestellte und Arbeiter und die von ihnen eingeschlagene Taktik gegenüber den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft hat jeglichen Unterschied zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den nach privatkapitalistischen Grundsätzen handelnden Arbeitgebern verwischt. Gegenüber der Masse des beamteten und nichtbeamteten Personals ist an Stelle der staatspolitisch notwendigen ausgleichenden Gerechtigkeit ein System angewandt worden, das rücksichtslos über die Lebensnotwendigkeiten dieser Arbeitnehmergruppen hinwegschreitet. Diese Einstellung der amtlichen Stellen muß auch die Beamtenschaft endlich erinnern lassen, daß eine beschleunigte Umstellung ihrer bisherigen Taktik bei den Besoldungsverhandlungen erforderlich ist. Durch die Trennung der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowohl in örtlicher als auch in zeitlicher Beziehung wurde die früher gemeinsame Verhandlungskommission der Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter, die mehrfach erfolgreich gewirkt hat, auseinandergerissen; dadurch ist die in der Einheit verkörperte Macht dieser Gruppen erheblich geschwächt worden.

Bedauerlicherweise hat der Deutsche Beamtenbund die zielsetzenden Tendenzen des Reichsfinanzministeriums unterstützt

und die Abtrennung der Gehaltsverhandlungen der Beamten von den Lohnverhandlungen der Arbeiter gefördert. Der erste Schlag, der der Beamtenschaft infolge dieser Kraftzersplitterung versetzt wurde, war die Besoldungsregelung vom 1. Juni 1924, die

für die unteren Gruppen 17%, für die oberen Gruppen aber 71% Zulage

ergab. Eine weitere Folge der Kräftezersplitterung ist die unwürdige Behandlung der Vertreter der Beamtenschaft durch das Reichsfinanzministerium, die im Gegensatz zu den sonst üblichen Verhandlungen nur noch zu informierenden Besprechungen eingeladen wurden.

Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen haben unter diesen Verhältnissen am schwersten zu leiden. Die Kaufkraft ihrer Gehälter steht im krassen Mißverhältnis zu den dauernd steigenden Preisen von Lebensmitteln, Kleidung und wichtigen Bedarfsartikeln. Für die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen ist daher ebenso wie für die Angestellten und Arbeiter die Schaffung der Friedenskaufkraft der Gehälter und Löhne das Gebot der Stunde. Zur Erreichung dieses Zieles ist sofortige Schaffung der Einheitsfront der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Gehalts- und Lohnverhandlungen Voraussetzung. Der Besoldungsausschuß des Reiches erwartet daher vom Bundesvorstand, daß er gemeinsam mit dem ADB. und AfA-Bund die hierzu erforderlichen Maßnahmen ergreift. Der Besoldungsausschuß hat weiterhin beschlossen, unmittelbar nach den Verhandlungen wieder zusammenzutreten, um zu dem Ergebnis Stellung zu nehmen und gegebenenfalls dem Bundesvorstand zur Ergreifung der notwendigen weiteren Schritte Vorschläge zu machen.

Die Not der Schupobeamten.

SPD. Im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldungsfrage wurde in den letzten Tagen auch die Besoldung der Schupobeamten verschiedentlich in der Presse erörtert. Dabei wurde ganz allgemein auf die schlechten Gehälter der Schupobeamten hingewiesen.

Zweifellos ist die Besoldung der Polizei ähnlich wie bei der übrigen Beamtenschaft im Vergleich zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten nichts weniger als zufriedenstellend; namentlich sind die Gehälter der verheirateten Schutzpolizeibeamten durchaus unzureichend. Die unverheirateten Polizeibeamten, die in den Kasernen wohnen, stehen sich verhältnismäßig besser als die verheirateten mit eigenem Hausstand. So bezieht z. B. ein Polizeiunterwachtmeister, der Stufe 1 in Besoldungsgruppe 2, im ganzen Monat 101,80 Mark. Davon gehen für Verpflegung in der Kaserne rund 27 Mark, für Unterkunft rund 12 und für Steuern rund 9 Mark ab. Nach allen Abzügen verbleiben diesem Beamten pro Monat 57,92 Mark. Da die Ernährung in den Kasernen, wie der Küchenzettel zeigt, kräftig, ausreichend und im Vergleich zum Preis (90 Pfennig pro Tag) auch billig ist, langen die 57 Mark bei einiger Einschränkung wenigstens so eben. Aber schließlich hat auch der Polizeibeamte einmal andere Bedürfnisse als nur für den nackten Lebensunterhalt zu arbeiten.

Vielleicht wäre ein vorläufiger Ausweg durch die sofortige Erhöhung der Sozialzulagen gegeben. Bei einer Verdoppelung käme der verheiratete Polizeibeamte möglicherweise auf eine Steigerung seines Gehaltes um ein Drittel. Das wäre für ihn wenigstens vorläufig eine fühlbare Erleichterung.

Der Berliner Verkehrsstreik.

SPD. Der Streik des Fahrpersonals der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, der nunmehr eine Woche dauert, hat zu einer solchen Zerrüttung des Berliner Verkehrswesens geführt, daß sich der Oberbürgermeister von Groß-Berlin am Montag im Namen des Magistrats telegraphisch an den Reichsarbeitsminister gewandt und diesen „im dringenden Interesse der Bewältigung des Berliner Verkehrs" um den unverzüglichen Versuch einer Vermittlung gebeten hat. Der Reichsarbeitsminister befindet sich allerdings zurzeit gar nicht in Berlin. Dazu kommt, daß ein Eingreifen für den Reichsarbeitsminister deshalb besonders schwierig ist, weil er den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat, gegen den der Streik der Hochbahner sich richtet.

Musterung der deutschnationalen Spitzenkandidaten.

„Oberkopf etwas schwach entwickelt, aber die Hände garantieren große Schlagfertigkeit. K. v." (Kandidaturverwendungsfähig.)

Der neue Lübecker Spitzenkandidat der Deutschnationalen.

General, Graf, Rittergutsbesitzer.

Wie die Demokraten, denen ihr bisheriger Kandidat v. Schönaich zu pazifistisch war, haben auch unsere Deutschnationalen ihren bisherigen Spitzenkandidaten Everling abgesägt. Er ist an die zweite Stelle gerutscht und dürfte sich den Reichstag also das nächste Mal von außen ansehen.

An seiner Stelle marschiert der Rittergutsbesitzer — das deutschnationale Blättchen sagt sehr schön dafür „bodenständiger Landwirt" — General Graf v. d. Schulenburg an der Spitze.

Das ist allerdings ein harter Schlag für uns. Welcher Bürger und Arbeiter wird sich nicht für den Herrn Großagrarier begeistern?

Heydebrand †

Am Sonnabend ist der frühere unbestrittene Führer der Konservativen Partei, Dr. v. Heydebrand und der Lase im Alter von 73 Jahren gestorben. Er hatte seit 1888 dem Preußenlandtag und seit 1903 dem Reichstag angehört. Er, der „ungekrönte König von Preußen", der mächtigste Mann in den wilhelminischen Parlamenten, ist kurz vor der Revolution politisch stumm geworden. Der Zusammenbruch der militärischen Front, die plötzliche, von der Obersten Heeresleitung erzwungene Herausgabe des Waffenstillstandsangebots und die Flucht des Kaisers haben ihn, der unerschütterlich den Heeresberichten geglaubt hatte, seelisch zerschmettert. Seine letzten Worte als Parteiführer waren, seitdem im Oktober 1918 die Wahrheit bekannt wurde: **„Wir sind belogen und betrogen worden!"** Seitdem lebte er völlig zurückgezogen vom öffentlichen Leben. Nach ihm nahmen unter dem Namen der Deutschnationalen Partei andere das Banner der Monarchie wieder auf. Die nämlich, die seinerzeit wacker mitgeholfen hatten, das deutsche Volk zu belügen und betrügen und die genügend Gemütsathleten waren, um dieses ehrenhafte Handwerk fortzusetzen.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Eine interessante Regierungserklärung.

Amtlich wird mitgeteilt: Wie über die soziale Last im allgemeinen, so haben gewisse Unternehmerkreise auch über die angebliche Mehrbelastung, die der Uebergang von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung mit sich bringen soll, ganz phantastische und übertriebene Ziffern verbreitet. Die Mehrbelastung soll danach 100 Prozent und mehr betragen. Sie soll dadurch entstehen, daß in der Erwerbslosenfürsorge Voraussetzung für die Unterstützung Bedürftigkeit ist, während in der Arbeitslosenversicherung eine solche Bedingung natürlich ausgeschlossen ist, da man einem Arbeitnehmer nicht die Zahlung von Beiträgen zumuten kann ohne ihm auch bei Eintritt des Versicherungsfalles die Versicherungsleistung zu gewähren. In einer großen Zahl der bedeutendsten Arbeitsnachweise Deutschlands hat nunmehr eine Untersuchung darüber stattgefunden, wieviel die Mehrbelastung bei Wegfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung tatsächlich betragen würde. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die Mehrbelastung nicht entfernt den von Unternehmerseite angegebenen Betrag erreichen würde. Im großen Durchschnitt wird sie nicht mehr als 20 v. H. betragen. Gerade bei den größten Arbeitsnachweisen in ausgesprochenen Industriegegenden — so in Berlin, in Teilen des Ruhrgebiets, im sächsischen Industriebezirk usw. — liegt sie sogar wesentlich tiefer. Es ist an der Zeit, daß mit den unrichtigen Ziffern der Unternehmerkreise über die Lasten der Sozialpolitik gründlich aufgeräumt wird.

Das ist fast wörtlich dasselbe, was wir in unserm Artikel „Arbeitslose — denkt daran" gesagt haben. Hoffentlich zieht die Regierung nun auch die notwendigen Konsequenzen aus ihrer Einsicht. Ob sie's tun wird, das hängt allein vom Ausgang der Wahlen ab.

Die Wetterfahne dreht sich!

Was das Ausland über Stresemanns neue Rede sagt.

Paris, 15. November.

Die französische Presse zieht aus der letzten Rede Stresemanns den Schluß, daß es mit den Wahlaussichten der Reaktion und der Nationalisten schlecht bestellt sein müsse. **Anders, so meint der „Temps", läßt sich die neue Schwenkung, die Stresemann in seiner Rede in Dortmund vollzogen habe, nicht erklären.** Das Unglück sei nur, **daß Stresemann, der sehr viel rede, niemals im gleichen Tone rede und seine Ansicht sehr häufig zu wandeln pflege.** Das Blatt hält die Rede in Dortmund der Rede gegenüber, die Stresemann am 19. Oktober in Frankfurt gehalten hat und in der er sich offen für eine Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen habe. Herr Stresemann scheine mit seiner neuen Schwenkung die Fehler der vergangenen Woche vergessen machen und den Eindruck erwecken zu wollen, als ob er in der Außenpolitik die gleichen Ziele anstrebe, wie der Reichskanzler. **Er werde aber vermutlich damit bei der Linken in Deutschland wenig Glück haben.** (Sehr wahr! D. Red.) **Andererseits zeige diese Schwenkung des Herrn Stresemann, wie stark in Deutschland die Bewegung zugunsten einer internationalen Entspannung und Verständigung sein müsse.**

Sozialistischer Kurs in Dänemark.

Die Vollabrüstung.

Kopenhagen, 17. November. (Radio.)

In der Abrüstungsdebatte im dänischen Parlament kam am Montag der einzige nichtsozialdemokratische Minister, Außenminister Graf von Moltke, nach dort und stellte sich voll und ganz hinter den Abrüstungsvorschlag Stauning, nachdem er festgestellt hatte, daß der Völkerbundspakt Dänemark keinesfalls die Aufrechterhaltung einer Militärmacht auferlege, nannte er den Abrüstungsvorschlag eine Notwendigkeit zur Schaffung von Klarheit über Dänemarks außenpolitische Stellung. Mit dieser klaren Zustimmung des Außenministers ist die Taktik der reaktionären Parteien in Dänemark, den Außenminister gegen das übrige sozialistische Kabinett auszuspielen, fehlgeschlagen.

Kronenstabilisierung.

Kopenhagen, 18. November. (Radio.)

Der dänische Ministerpräsident, Genosse Stauning, hat am Montag dem dänischen Parlament den mit großer Spannung erwarteten Stabilisierungsvorschlag vorgelegt. Er verlangte eine Stabilisierung der dänischen Krone vorläufig bis zum 1. 1. 27 auf 5 Kronen 49 Oere für den Dollar. Der jetzige Stand ist 5 Kronen 65 Oere. Die Nationalbank soll auf Valuta-Reverse unter Garantie des Staates eine Dollaranleihe von 40 Millionen Dollar in Neuyork aufnehmen.

Seipel endgültig zurückgetreten.

SPD. Wien, 17. November. (Eig. Drahtb.)

Am Montagnachmittag stellte Dr. Seipel in einer Sitzung der Christlich-sozialen Fraktion die Frage, ob sie seine Stellungnahme billige oder die der Landeshauptleute. Darauf hat der Klub mit Dreiviertelmehrheit die Haltung der Landeshauptleute gebilligt. Es handelt sich dabei um folgendes: Der Bundeskanzler hat den Landeshauptleuten zugemutet, daß sie auf die Finanzhoheit der Länder zugunsten des Bundes förmlich verzichten. Dazu waren die Landeshauptleute nicht zu bewegen, da sie damit rechnen, daß in absehbarer Zeit doch eine sozialdemokratische Mehrheit im Nationalrat bestehen wird und sie die christlich-soziale Verwaltung in den Ländern nicht den Sozialdemokraten ausliefern wollen. Nachdem der Klub sich so gegen Dr. Seipel ausgesprochen hatte, erklärte dieser, sofort einen Brief an den Präsidenten des Nationalrats richten zu wollen, worin er den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgibt. Dieser Brief ist tatsächlich beim Präsidenten eingetroffen. Der Klub trat später nochmals zusammen, und nun hielt der Bundeskanzler eine Abschiedsrede, in der er zugleich Dr. Ramek als seinen Nachfolger empfahl. Inwieweit Dr. Seipel selbst nach diesen letzten Vorgängen es mit seinen Erklärungen ernst meint, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen.

Der neue Bundeskanzler Ramek.

Wien, 17. November.

Morgen wird Ramek zum Bundeskanzler ernannt werden. Seipel erklärte, ihn unterstützen zu wollen. Seipel bleibt Führer der Christlichen-Sozialen Partei, die ihn eigentlich hat fallen lassen, indem sie den Standpunkt der Länder einnahm, deren föderalistischer Vorkämpfer der Verfasser der extremen Verwaltungsreform Ramek ist. Es ist aber fraglich, ob Ramek ein Kabinett zustande bringt.

Unser Eintritt in den Völkerbund.

Baldwin befürwortet ihn nochmals.

London, 18. November. (Radio.)

Der Generalsekretär des Völkerbundes weilte in diesen Tagen in London, wo er mit den maßgebenden Persönlichkeiten u. a. über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhandelt hat. Der englische Ministerpräsident soll im Verlaufe der Unterredung darauf hingewiesen haben, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund so bald wie möglich erfolgen soll und zwar unter Bedingungen, die seiner Würde entsprechen. Nach Möglichkeit soll ein deutscher Antrag mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen unterzeichnet.

Berlin, 17. November.

Wie wir erfahren, ist das deutsch-schweizerische Handelsabkommen über den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen Montag vormittag 10 Uhr durch den Führer der schweizerischen und der deutschen Vertretung unterzeichnet worden. Das Abkommen bedarf noch der Genehmigung durch die dafür zuständigen Körperschaften beider Länedr und tritt 14 Tage nach der Ratifizierung in Kraft.

Politische Notizen.

SPD. Bochum, 17. November. (Eig. Drahtb.) **Die Entscheidung über die Räumung der nördlichen Zone des altbesetzten Gebietes und im Zusammenhang damit auch die endgültige Räumung des Ruhrgebietes wird, wie hier verlautet, voraussichtlich im Dezember, kurz nach den deutschen Reichstagswahlen, auf einer Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten fallen.**

*

Köln, 17. November. (Eig. Drahtb.) **Am Montag abend** wurde der sozialdemokratische Beigeordnete der Stadt Köln **Heinrich Schäfer,** der seit dem 8. November vermißt wurde, **als Leiche** aus dem Rhein gelandet. **Er hat wegen der gegen ihn schwebenden Bestechungsaffäre Selbstmord verübt.**

Schwarz-Rot-Gold in Braunschweig.

Die kochende Studentenseele.

Braunschweig, 17. November.

Der Gau Braunschweig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntag einen großen republikanischen Tag. Die Veranstaltung wurde am Sonnabend abend durch einen Fackelzug eingeleitet, an dem sich mehr als 5000 Personen beteiligten. **Gegendemonstrationen sind nirgends vorgekommen.** Vereinzelt wird gemeldet, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Stahlhelmleute und Angehörige der Reichswehr Flaggenmaste entfernt und schwarz-rot-goldene Fahnen heruntergerissen haben. **Die Täter sind jedoch ermittelt und festgenommen.** Ihrem Verhalten schließt sich eine Protestaktion der technischen Hochschule würdig an. Ihre Studentenschaft hat z. B. u. a. beschlossen, bei dem braunschweigischen Ministerpräsidenten **Protest gegen die Hissung einer schwarz-rot-goldenen Flagge auf dem Gebäude der technischen Hochschule** einzulegen. Es scheint also, daß diese Herren Studenten noch nicht einmal die Reichsflagge kennen.

Zaghluls Rücktritt.

Aegypten steht hinter ihm.

SPD. London, 16. November. (Eig. Drahtb.)

Wie aus Kairo ergänzend gemeldet wird, sprachen sowohl das Parlament als der Senat dem zurückgetretenen Ministerium Zaghlul Pascha das Vertrauen aus. Die innere Krise Aegyptens findet in England angesichts der auf dem Spiel stehenden Interessen größte Bedeutung. Es wird allgemein angenommen, daß Zaghluls Berufung auf seinen schlechten Gesundheitszustand nur ein Vorwand für seinen Rücktritt sei. Die konservative Sonntagspresse nimmt übereinstimmend an, daß die Resignation Zaghluls, die eine Folge der Gegnerschaft der Radikalen und der Minorität in der eigenen Partei sei, lediglich ein Manöver darstelle, um dieser Opposition Herr zu werden. „Observer" stellt fest, daß der Rücktritt nicht als ein Zeichen einer Schwächung der Position Zaghluls, sondern **als Stärke seiner Stellung** zu deuten sei.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

In die Vorbereitung der Regierung, das **Preisnormalisierungsprogramm** nach der wirtschaftlichen Seite zu ergänzen, fällt das gar seltsame Urteil eines Berliner ordentlichen Gericht: Vor Monaten verurteilte das Schöffengericht einen Innungsobermeister zu einer mäßigen Geldstrafe; der Obermeister hatte einen Schuhmacher mit Geldstrafe belegt, weil dieser Schuhe unter dem von der Innung vorgeschriebenen Preis ausbesserte. Der Schumacher bezeugte, daß er bei einem 1 bis 2 Mark billigeren Preis immer noch gut verdient. Die Innung legte aber, unter Aufbietung einer Menge von Sachverständigen, Berufung ein. Vor dem Berufungsgericht wurde nun festgestellt: Die Arbeit des billigeren Schuhmachers weise wohl Schönheitsfehler auf, sei aber sonst gut. Das Gericht aber sprach den Innungsmann frei, weil er nicht den billigen Schuhmacher zwingen wollte, einen bestimmten Preis zu fordern, da er nur die Absicht gehabt habe, die Käufer vor den Reparaturschönheitsflecken zu bewahren. (!)

Das Urteil des Berufungsgerichtes ist nach mehreren Seiten interessant. Vor allem wird man sich weiter mit ihm beschäftigen müssen; der Schuhmacher hat nämlich nachgewiesen, daß er, in einer Arbeitergegend Berlins ansässig, **für Proletarier arbeitet, die unmöglich den übersetzten Innungspreis zahlen können.** Dieser Innungspreis ist also geeignet, seine Existenz zu untergraben. Das Kartellgericht, das oberste Wirtschaftsgericht in Deutschland, hat aber immer noch den Zwang, unangemessene Preise zu fordern, für unstatthaft erklärt. Wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis des obersten Gerichts einer ganz allgemeinen Untersuchung der Preisverabredungen in den Innungen zugrunde gelegt wird, die wohl nach dem seltsamen Urteil des Berliner ordentlichen Gerichts nicht zu vermeiden ist. Es geht eben nicht an, durch faule Ausreden einen ausgesprochenen Leistungswucher zu beschönigen.

Viele unserer Leser werden überhaupt erstaunt sein, einen Innungsmeister Geldstrafen verhängen zu sehen. Die Tatsache aber, daß eine Privatperson in Deutschland 120 Jahre nach Zusammenbruch des alten Feudalstaates mit seinen zunftmäßigen Wirtschaftsbedingungen dieses Recht hat, erklärt sich nicht allein aus der Mittelstandspolitik, **die zum Schaden der deutschen Wirtschaft durch die bürgerlichen Regierungen betrieben wurde.** Vielmehr ist ganz allgemein eine Rückentwicklung der liberalen Doktrin, der Prinzipien der freien Konkurrenz, infolge Zersetzung des kapitalistischen Systems und des Unvermögens, ein neues Wirtschaftssystem auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage zu entwickeln, in Richtung mittelalterlichen Zunftwesens festzustellen. Die Psyche des deutschen Unternehmertums spielt in unserer Wirtschaftsnot eine besondere Rolle. Auch bereits in produktionstechnischer Beziehung. Wie unsere Handelsmethoden rückständig sind, so behaupten Kenner der amerikanischen Technik, daß man sich drüben, jenseits des großen Teiches, totlachen würde, wenn sie sähen, wie z. B. in einem der größten deutschen Betriebe noch immer Kessel fabriziert werden. Zwischen Ford und unserem Verbandssyndikus liegt, entwicklungsgeschichtlich betrachtet, mehr als ein Jahrhundert.

Von solchen Leuten soll Deutschland nun aufgebaut werden! Solche Geister maßen sich an, wirtschaftlich und politisch Führer zu sein. Während der deutsche Arbeiter unter den drückendsten Bedingungen in jeder Industrie die Fähigkeit wieder erlangt hat, Vorkriegsproduktionsziffern zu erreichen, wird das deutsche Unternehmertum eine immer größere Gefahr für die deutsche Witschaft. Es wird doppelt gefährlich, weil diese kleinen Stinnesse bei reduzierter Tüchtigkeit die Kunst der Organisation gelernt haben, die danach strebt, **die Gesetzesmaschine in den Dienst ihres schrankenlosen Wirtschaftsorganismus zu stellen.**

Hier wird ja der Wahltag am 7. Dezember beweisen müssen, ob das deutsche Volk aus anderem Holz als seine induftielle Oberschicht geschnitzt ist. Die Wahlanstrengungen des Bürgertums sind wohl zu begreifen. Das Unternehmertum hat dabei seine besonderen Gründe. Wenn wir oben eine Analyse desselben zu geben versuchten, so soll daraus gefolgert werden, daß eine künftige Regierung, die wirklich unsere Wirtschaft sanieren will, sich endlich hart auf hart mit dem Kartellunfug auseinandersetzen muß. In dieser Beziehung kann ein Vortrag von Bedeutung werden, den der Vorsitzende des Kartellgerichts Dr. Lucas vor kurzem auf Veranlassung der Berliner Handelskammer gehalten hat. Dieser Schritt in die Oeffentlichkeit ist gerade bei diesem Institut, dessen Publizität äußerst mangelhaft ist, besonders zu begrüßen. Nach den Ausführungen des Vortragenden wird die Spruchpraxis des Gerichts wohl von der Notwendigkeit der Preissenkung durch Lockerung der Kartelle, aus der heraus ja die Kartellverordnung geschaffen worden ist, beeinflußt. Wenn wir Herrn Lucas aber recht verstanden haben, hapert diese gute Absicht an der Verordnung, die, vor einem Jahr überhastet herausgebracht, viele Mängel aufweist. Die Reform der Verordnung durch den **neuen Reichstag** entspricht schon der allgemeinen Meinung und der Notwendigkeit, die Preise weiter zu normalisieren.

Zwei Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben werden die Reform zur Notwendigkeit machen: die neue Preisbefestigung und die neue Konzentrationsbewegung. Im ersten Falle ist es die Stahl- und Eisenindustrie, die bedeutend höhere Preise durchsetzt. Dabei interessieren die Verhältnisse auf dem internationalen Kupfermarkt, wo die Marktpreise sehr gestiegen sind und Deutschland beinahe die wichtige Verbraucherrolle wie vor dem Kriege spielt. Man rechnet mit starken Bestellungen der neu umgestellten Reichseisenbahn und scheint sich diese zunutze machen zu wollen. Das ist insofern ungerecht, als die deutschen Importeure sich angesichts des zusammengebrochenen Kupferpreises billig eingedeckt und beträchtliche Gewinne gemacht haben. Wir erinnern nur an die Mansfeld A.-G., die überraschend schnell an die Abtragung der Staatskredite gehen konnte. Auch die Getreidepreise zeigen starke Schwankungen (bis 20 Mk. pro Tonne) nach oben. Hier ist die Getreidepreishausse an den amerikanischen Märkten von Bedeutung, und zwar soll es sich um deutsche Deckungen gegen frühere Terminverkäufe handeln, die die Preise in die Höhe treiben. Angesichts der nahenden Ernte in Argentinien und Australien müssen von den maßgebenden deutschen Stellen Maßnahmen ergriffen werden, die günstige Lage gegen spätere spekulative Brotpreishaussen auszunutzen.

Bei der Befestigung des Preisniveaus in der Eisen- usw. Industrie hat ja (Rohstahlverband) die Kartellierung im Vordergrund gestanden. Im allgemeinen scheint hier die Westindustrie eine umfassende Neuorientierung vornehmen pu wollen (Barop, Walzwerk, Barné, Elberfeld, van der Zygen usw.). Zu gleicher Zeit sind aber auch die Kämpfe um das Kohlensyndikat, das endlich das Reparationskohlenabkommen unter Dach und Fach gebracht hat, aufs neue entbrannt. Hier dreht sich der Streit um die Gültigkeit des Zwangssyndikats, in dem man den Reichskohlenrat als entscheidende Instanz interpellieren zu wollen scheint. Von vielem Interesse sind auch die neuen Kräftekonzentrationen in der deutschen Schiffahrt, die zurzeit internationalen Charakter haben. Der Vereinbarung der Hapag und des Lloyd mit englischen und amerikanischen Reedereien, der Regelung im Orient-, und Levante-Dienst und dem Afrika-Pool folgt jetzt die sogenannte Cuba-Konferenz, die eine **Konkurrenzklausel zwischen dem Lloyd, der Hapag und den Hugo-Stinnes-Linien bedeutet.**

Auf dem Markt wird dies Bild ergänzt durch Vorbereitungen internationaler Absatzabkommen; interessiert ist neben der Kali- und Farben- besonders die Stickstoffindustrie, die das Kunststück fertigbrachte, ihre anerkanntermaßen riesig übersetzten Preise abermals zu erhöhen.

Neuorganisation der Preisprüfungsstellen.

Das Preisabbauprogramm der Reichsregierung enthält auch den Plan einer Neuorganisierung der mittleren Preisprüfungsstellen. Von einer eigentlichen Reform kann jedoch, wie wir hören, kaum gesprochen werden, da irgendwelche wesentliche Abänderungsvorschläge im Reichswirtschaftsministerium nicht vorliegen. Es bleibt im großen und ganzen bei der gegenwärtig in den Ländern geltenden Form. Die Reichsverordnung vom 13. Juli 1923 gibt bekanntlich nur die allgemeinen Grundzüge für die Errichtung der Preisprüfungsstellen, das Schwergewicht liegt in dem Ausbau der Stellen durch die Länder. Die örtlichen Preisprüfungsstellen sind an die Kommunen, die mittleren an die Staatsverwaltung angegliedert. Preußens Ziel besteht darin, das bisherige bunte Durcheinander zu beseitigen und eine einheitliche Organisation zu schaffen. Es wird in jeder Provinz je eine mittlere Preisprüfungsstelle geschaffen, die bei dem Oberpräsidenten (in Berlin beim Polizeipräsidenten) ihren Sitz hat. Sachverständige der Wirtschaft werden als Angestellte der Preisprüfungsstelle die Arbeiten erledigen. Die Hauptaufgabe liegt darin, von höherer Warte aus und in ständiger Fühlungnahme mit den großen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen durch Kontrolle der Kartelle, Syndikate u. dergl. in der Preisbildung vorbeugend zu wirken.

Der Ausbau der mittleren Preisprüfungsstellen erfordert natürlich größere Mittel. Im preußischen Landtag wurden durch die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion zunächst einmal 100 000 Mark bereitgestellt. Es besteht Gewähr dafür, daß weitere Gelder für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden.

Auktion der Kamerunplantagen.

Am 24. und 25. November werden in London die deutschen Pflanzungen des englischen Gebietes von Kamerun meistbietend versteigert. Gegen die Zulassung der Deutschen zur Versteigerung ist in verschiedenen ausländischen Blättern Sturm gelaufen worden. Die Zulassung der Deutschen ist auf Veranlassung des früheren englischen Ministerpräsidenten Macdonald erfolgt. Wenn also für die ehemaligen deutschen Pflanzer in Kamerun überhaupt die Möglichkeit besteht, die Pflanzungen wieder in ihren Besitz zu bekommen, so verdankt die deutsche Wirtschaft das der englischen Arbeiterregierung.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Husten mit Auswurf müssen Sie [illegible] beseitigen. Wir raten Ihnen, in der Apotheke 50 g echten Fagolat-Extrakt zu kaufen und durch Aufkochen mit 1/4 Pfd. Zucker und 1/4 Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Sicher: Adler-Apotheke, Mengstraße 10. (12383

Ia. Natur-Skunks
Die ersten beiden Worte sind beim Einkauf einer Skunks-Garnitur zu beachten.
Die größte Auswahl, ganz erstklassige eigene Verarbeitung, sowie billigste Preise bietet Ihnen das
Pelz-Haus
Friedrich Zimmermann
Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße. 12392

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

13. Fortsetzung.

Ihm schlug das Herz. Schon einmal hatte sie so vor ihm gestanden und auf ihn eingeredet. Er glaubte noch das rauhe Lachen zu hören über seine Antworten damals, mit denen er sie abgewiesen hatte. Also wieder dasselbe. Sie sah wie seine Lippen zitterten, und hörte, wie sein Atem rascher ging Noch ein Schrittchen an ihn heran Da richtete er sich auf und ergriff ihre Hand, sie leicht von seiner Schulter zu ziehen. Das Blut flutete in mächtigen Schlägen zum Halse, als sie sagte: „Hast d' auch Hunger im Herz? — He, Lorenz?"

Es war ein ermunternder Ruf. Große Stille war im Haus. Der Bauer kam vor zwei Stunden noch nicht; er hatte am Nachmittag eine Depesche geschickt, daß der Quellmoser verurteilt wäre und er erst in der Nacht käme

„Lorenz?"

Aber da trat das Bild seiner Schwester mit den feinen, leidenvollen Zügen vor ihn, und er sah in dem fahlen Lichte nur die Frau seines Herrn vor sich. Er ließ ihre Hand fahren.

„Wollt 'r das Kind nehme?"

Ob seine Schwester auch so beharrlich gekämpft hätte?

„Ich?" — — Sie trat zornig zurück. — „Ich? — Nie."

Der Knecht wandte sich zum Gehen.

„Fürcht'st dich?"

Die Stimme war herausfordernd. Sie hob den schweren Kopf, und ihre Augen blitzten. Lorenz schwieg. Freilich war es Angst vor drohender Schwüle. Erst Schwächlichkeit, dann Schlechtigkeit. Sein Bauer sollte sich voll und ganz auf ihn verlassen können. Er ballte die Hände zu Fäusten und schlug mehrere Male mit den Armen nach unten, daß es den ganzen Körper durchzuckte.

Sie blieb stumm, als sie das sah; aber ihr Herz ging rascher. „Vielleicht net?" kam es dann einschmeichelnd von ihren Lippen.

Lorenz schüttelte den Kopf.

„Un der Bub?"

Die Frage brachte ihn wieder zum Verweilen.

„Ja, no, was is da zu mache, wenn Ihr 'n net wollt?"

„Der Bauer soll den Bub net um sich habe!"

„Ah?" rief er gereizt. „Immer die alte Geschicht."

„Ich werd den Gedanke net los."

Kaum merkte er, daß sie wieder neben ihm stand.

„Sieht er ihm ähnlich? — Sieht der Bub dem Felshofer gleich?"

Wie ein Schlag trafen ihn diese Worte.

„Felshoferin, so ei is die Kathrin net. Was denkt 'r nur?"

„Ach," sagte sie, „d' hast ja selbst gesagt, wann's ein'm ins Blut kommt. — Ich weiß, wann die Hunde in ei'm zerre und zerrge! Wann die Natur stark wird! An ei'm Tag is 's so, am annern wieder annerster un gut. Sie is doch auch e Weibsbild wie ich, no, un den Felshofer — —"

„Aber 's is net so! — Der Mensch kann auch eisern sei."

„Wie du, Lorenz."

„Un mein Herr!"

Sie fuhr mit einem Spahn in das Oellicht, das an einem rußigen Draht von der Decke herabhing, und stochelte an dem Dochte, daß das Flämmchen unruhig auffuhr und sich die Schatten der beiden wie vom Winde geweht an der Wand hin und her bewegten, als trieben sie selbst ein keckes Fangespiel.

„Un ich glaub 'm Felshofer net."

Dabei schnippte sie mit dem Finger, drehte sich einem der kleinen Schiebefenster zu und starrte einen Augenblick in das Dunkel. Lorenz wartete auf ein letztes Wort.

Die alte Uhr tickte laut.

Endlich wandte sie sich ihm wieder zu.

„Lorenz. was noch?"

„Der Bub."

„Nei, fest muß mer bleibe."

Da ging er hinaus, und sein fester Tritt verlor sich erst, als das Scheunentor hinter ihm in den Angeln knarrte. Warum log sich die Frau nur selbst etwas vor?

*

Die Wälder prangten in allen Schattierungen von Gelb, Braun und Rot. Aber es waren nur wenige ruhige und schöne Herbsttage hier oben. Bald deckte dicker Nebel das Steinfeld, und nur selten war der Blick frei bis zur Teufelswand hin. Wenn dort nicht die Baracke schon wieder bis zum Dachstuhl aufgebaut gewesen wäre, hätte niemand vom Steinfeld Gedanken auf die Teufelswand gehabt. In den nächsten Tagen sollte das Dach gerichtet und noch schnell eingedeckt werden, damit der Winter mit seinem Schnee nicht allzu große Gewalt über den Bau bekäme. Und nachher kommt alles, wie es der Felshofer will.

Der Quellmoser hatte umsonst gesessen.

Geld würde auf den Felshof kommen. Und Geld bringt Macht. Und der Felshofer, der Kerl aus dem Wald, w[illegible]e die Macht in den Händen haben.

Warum saß nun der Quellmoser immer noch? Wie die Zeit so langsam verstrich. Jetzt, an den langen Abenden, die sie meist im Wirtshaus verbrachten, merkten sie erst, daß er ihnen fehlte mit seinem lauten Wesen und seinen groben Spässen. —

Die Kathrine war immer noch nicht gesund geworden. Ein Arzt war freilich auch nicht zu ihr gekommen; denn warme Schürzen um den Leib und vor der Nacht eine große Tasse Kamillentee, das einzig richtige bei ihrer Krankheit, hätte ihr auch die Kindsmutter verschreiben können; aber es wurde auch nicht besser, sie kam nicht hoch. „Alles hat natürlich sei Zeit!" hatte die kluge Frau gesagt, die hoch in Ehren auf dem Steinfeld stand; denn sie konnte auch das Vieh besprechen und allen bösen Zauber brechen. Wenn die daheim ein Grastuch nahm und an einem Zipfel zog, konnte sie die Kuh im Dorf melken, welche sie gerade wollte.

Mit Zagen und Bangen wartete der Knecht auf der Schwester Genesung. Außer dem Felshofer nahm niemand im Dorf großen Anteil an ihrem Geschick. Was wollte die überhaupt hier oben noch. Die konnte schon längst abgezogen sein.

Der Mauerwillem meinte einst: „S' g'hört in die Klinik."

Wenn das der Lorenz gehört hätte, wäre sie wohl auch hingekommen, und wenn es ihm den Dienst gekostet hätte. Zu Weihnachten würde wohl eine andere Magd auf den Hof kommen, länger wartete die Felshoferin sicher nicht.

Wieder saß die allein in der großen Küche am Herd und starrte in das kleine Licht und in die dämmernde Nacht hinaus. Da kamen auch die alten Gedanken angeflogen Herr, was bist du dumm, daß du dir alles so gefallen läßt! Ist das noch Leben? Er immer im Steinbruch, immer hart gegen sie, immer voll Mißtrauen. . . . Dieser dumpfe Friede im Haus war zum Verzweifeln. . . . Wozu ist man denn stark und noch jung? Muß ich denn verwelken, wenn er es will? Und der Widerspruch wurde in ihr von Tag zu Tag lebhafter und das Begehren nach dem Leben unwiderstehlicher. Heute regte es sich so mächtig, daß es ihr im Ohr klang. Ein leichtes, rasches Klopfen ging in Schauern durch ihren Körper. Langsam, schwer stand sie auf, sich loszumachen von dem Drang, der nur quälte und quälte. Dann kauerte sie sich wieder in eine Ecke und stand wieder auf.

Um des Manneswillen sich verzehren?

Im Hausflur raschelte etwas.

Da fuhr sie wieder auf.

Es war nur die Katze gewesen, die nun über die Schwelle huschte.

„Geh wegk."

Sie hatte heimlich gehofft, der Lorenz wäre es, der um die Zeit gewöhnlich den Schlüssel zum Keller brachte.

„So ei Mannskerle", seufzte sie tief und strich sich über die Stirn, als wolle sie einen drückenden Gedanken abwehren. Wenn sie am Ende das Kind seiner Schwester genommen hätte?

In der Stube schlug die Uhr.

Plötzlich leuchtete in ihren Augen ein starker Wille auf. Sie ging über den Hof, ob der Knecht noch in der Scheune wäre.

„Lorenz!"

„Was soll er?" kam es da von der Einfahrt her durch die jetzt der Felshofer trat.

„Die Stiern war'n unruhig," sagte sie gefaßt und ging langsam in das Haus.

Nachdem der Bauer nachgesehen hatte, ob etwas im Stalle etwa nicht in Ordnung sei, kam er auch in die Stube.

„Nu sein mer bald fertig drauß. Nächst Woch komme die Zimmerleut."

„'s is gut. — Dann kriegst auch mal Ruh."

„Aber 's kost't doch 'n verfluchht Stück Geld. Das hätt' ich am Anfang net geglaubt."

(Fortsetzung folgt.)

AUSSTELLUNG

Volksernährung und Gemeinwirtschaft

Gewerkschaftshaus Lübeck — **Johannisstrasse 50-52**

In den wesentlich erweiterten Erfrischungsräumen:

KONZERT
und Künstler-Vorträge

Im Vortragssaal:

VORTRÄGE
über Gemeinwirtschaft

Die Besucher lösen beim Eintritt einen Gutschein für 30 Pfg., der gegen eine Erfrischung eingetauscht werden kann

Aussteller sind:

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. Lübeck
Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft e. G. m. b. H., Lübeck
Lübecker Baugesellschaft m. b. H., Lübeck
Bauverein Selbsthilfe e. V., Lübeck
Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H., Lübeck
Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H., Lübeck
Notgemeinschaft für Bestattungen e. V. Lübeck
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck

Morgen, Mittwoch, letzter Tag

Ia. Briketts
(Senftenberger)
Westfälischer Hartkohlen
ab Lager u. frei Haus empfiehlt (12437
Johann Fiel,
Warendorpstraße 41
Fernruf 1829

Verkaufen Sie Ihre
Felle
an das Pelzhaus
Friedr. Zimmermann
Königstraße 24
Ecke Pfaffenstraße
Ich zahle hohe Preise, da ich Selbstverbraucher bin (12335

---

2 gebr. guterhaltene
Nähmaschinen und 1 Motorrad
äußerst billig zu verk.
Schwartauer Allee 37
Fahrradhandlung (12457

Fernruf 1359 u. 6956 **ZENTRAL-THEATER** Johannisstraße 25

Wir bringen am Dienstag, d. 18. November, den in dieser Saison 1924/25 erscheinenden 1. Lya-Mara-Großfilm (12452

Auf Befehl der Pompadour

Regie: **Friedrich Zelnik**

Darsteller des modernen Teils:
Adel Fernay, Besitzer der Fernay-Automobilwerke . Alwin Neuß
Lucienne, seine Nichte . . . " "
Catherine Fernay, seine Mutter . . . . . Frida Richard
Cyrus Fernay, sein Bruder Jacob Tiedtke
Gilbert Naumeau, Ingenieur der Fernay-Werke Alfons Fryland
Herzog von Riverolles . . Hans Albers
Louis Moulin, Buchhalter Max Neumann
Melisse, eine alte Dienerin Sophie Pagay

Darsteller des historischen Teils:
Ludwig XV . . . . . George Boultier
Jeanne Antoinette Poisson " "
Ihr Vater . . . . . Hermann Böttcher
Herr von Tournehem, ihr Onkel . . . . . Robert Leßler
Charles de Etioles . . . . Karl Geppert
Leutnant André de Rohan Alfons Fryland
Biner . . . . . Paul Biensfeld
Ferner: Friedrich Kühne, Karl Harbacher, Harry Berber, Hans Behnert

" " **Lya Mara**

Jimmy Aubrey als Beschützer der Unschuld
Groteske in 2 Akten

Peggi und Brownie auf der Walze
Lustspiel in 2 Akten

„Schmusolini in Afrika"

Spielzeit von 4 bis 11 Uhr
Sonntags von 3 bis 11 Uhr
Orchester-Musik

Adlershorst
Donnerstag: (12377
BALL!

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck (12432
Versammlung der Kraftfahrer
am Donnerstag, 20. Nov. abends 7½ Uhr
bei Herrn **P. Richter**, Mengstraße.
Tagesordnung:
1. Die Versicherung der Berufskraftfahrer.
2. Bericht vom Verkehrsausschuß
Die Ortsverwaltung

Carl Thiel & Söhne
Betriebs-Versammlung (12439
am Mittwoch, 19. d. Mts. vormittags 10 Uhr
bei Lender, Hundestraße 41
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Gasthof zur Linde
Schlutup
Mittwoch, d. 19. Novbr.
Gr. Preisskat und Knobeln
Hierzu ladet freundl. ein
(12407) **A. Sabaronski**

Gr. Extra-Preisskat
Mittwoch (Bußtag)
4 Uhr nachmittags
W. Both (12370
Glockengießerst. 28
Ia Rauchfleischpreise
1. Preis 1 Landschinken

Hansa-Theater-Klause
Konzert (11386
des
Orig. Bayr. Schrammel-Quartetts
Täglich 7 Uhr
Eintritt frei

Gr. Preisskat
am Mittwoch (Bußtag)
um (12372
Restaurant Schöning
Ratzeburger Allee 44
Anfang 7 Uhr
1. Preis: Eine fette Gans

Stadttheater Lübeck
Dienstag 7.30 Uhr:
Die Zauberflöte
Mittwoch 7.30 Uhr:
Tannhäuser
Donnerstag 7.30 Uhr:
Der Bibliothekar
Freitag 7.30 Uhr:
Potenblut
Weitere Vorverkaufsstellen Karstadt, Holstenhaus und Fremdenverkehrsbureau (12414

---

6. große allgemeine (12418
Tauben-Ausstellung
515 Tauben
im Konzerthaus Flora am 18. u. 19. Nov.
Eintritt 30 ₰ Kinder 10 ₰
Lübecker Taubenzuchtverein von 1919

Freivorstellung der Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde

Nicht gebrauchte weisse Eintrittskarten wegen starker Anforderung der Plätze von den Eingeladenen **umgehend** an das Nachrichtenamt, (Kanzleigebäude, Ausgang I) **zurückerbeten.** (12445

Mieterschutzverein Lübeck e. V.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 20. November, abends 8 Uhr,
in der „Flora".
Tagesordnung:
Die Not der deutschen Mieter!

Mitglieds-Karten sind vorzuzeigen.

12426) Der Vorstand.

Hansa-Theater
Tägl. Vom 20. bis 29. Nov.: Tägl.
8 **Persönl. Gastspiel** 8
des weltberühmten Universalkünstlers
Sylvester Schäfer
Nach jahrelg. Triumphen in Amerika, erstes Wiederauftreten in Lübeck
Vorher der neue Varieté-Spielplan
Trotz enormer Kosten keine erhöhten Preise (12429
Täglich 8 Uhr

Trocadero
Täglich: (12388
Stimmungskonzert
Anfang 8 Uhr abends.

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom kbw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (12410

Lübecker Volksbote

1. Beilage | Dienstag, 18. November 1924 | Nummer 271

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 18. November.

Tut Buße!

Zum Hohn auf die deutsche Republik, die so etwas wie eine Trennung von Kirche und Staat bedeuten sollte, wird heute wieder und immer noch als vom Staat gebotener Feiertag — der Bußtag — begangen. Der echte Christ bedarf eines allgemeinen, von der Staatsautorität gebotenen und zur Erhaltung des Volkes in Unterwürfigkeit bestimmten Tages nicht, er soll innerlich stets bußfertig sein. Aber von den Kanzeln und in den Blättern wird um so lauter der Ruf nach Buße ergehen. Als ob das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrzahl wirklich noch nicht genug Buße geleistet hätte für die Missetaten und Verbrechen seiner herrschenden Schichten von einst, die es in ihrer Verblendung bis an den Abgrund geführt haben, und der ausbeutenden Schichten von einst und heute, die es durch Hunger und Not bis an die Pforten des Todes gebracht haben, wo es auch für sie keinen Zweck mehr hat, Buße zu verlangen.

Die aber, die Buße tun, die den Weg der inneren Umkehr wandeln sollten, denken nicht daran. Sie sind, um biblisch zu reden, verstockter denn je. Sie sehen die Balken in ihren Augen nicht. Sie halten sich bereit, ihre Verbrechen täglich zu erneuern und das Volk noch weiter büßen zu lassen.

Die Buße ist eine alte Einrichtung der christlichen Kirche. Wie so vieles hat sie die Bußübungen von den älteren Religionen übernommen. Im Judentum waren sie üblich und auch in den andern Religionen fanden sie statt. Ueberall, wo sich eine Kirchenhierarchie gebildet hatte, kam auch das System der Opfer, der Buße auf, denn die Priester brauchten die Opfergaben, und sie brauchten auch eine Masse, die gläubig zu ihr hinaufblicken sollte und die deshalb in Demut und Ergebenheit gehalten werden mußte. Ein Mittel dazu war die Buße.

Das Christentum hat denn auch nach seinem Aufkommen sehr bald die Buße eingeführt. Je mehr sich die Macht des Klerus ausbreitete, desto allgemeiner, desto strenger wurden die Bußübungen. Es kam das Bußsakrament. Es wurde ein Bußbuch geschrieben, das allgemeine Richtlinien über die Buße enthielt. Ging man doch soweit, sich geißeln zu lassen oder sich selbst zu geißeln. Der Klerus brauchte solche Massen, die so bußfertig waren. So konnte er sie unumschränkt beherrschen. Und er war viele Jahrhunderte die absolute Macht, der sich selbst Kaiser und Könige beugen mußten. Der Klerus hat schließlich diese gewaltige Uebermacht eingebüßt. Er ist aber immer noch stark, und er ist ständig bestrebt, sein Regiment zu befestigen. Und der Kapitalismus, der bei seinem Aufkommen gegen die feudale Kirchenmacht vorging, steht heute in einer Linie mit der Geistlichkeit. Beide haben das Bestreben, die arbeitende Bevölkerung in Unterwürfigkeit zu erhalten.

Sie brauchen Knechte, um Herren bleiben zu können. Dem einen blinder Glaube, dem andern die Macht und den Besitz. V.

Volksernährung und Gemeinwirtschaft. Die Ausstellung war auch am Montag und Dienstag recht zahlreich besucht und fand das gleiche günstige Urteil. Am Montag waren die Schulen zur Besichtigung eingeladen und heute wurden die Waisenkinder herumgeführt und vom Konsumverein bewirtet. Ebenso wie die erwachsenen Gäste freuten sich die Kinder über das Geschaute. Der Wintergarten ist abends bis auf den letzten Platz besetzt. Die Darbietungen von Künstlern des Stadttheaters, wie der Herren Rotkämper, Heidmann und Gemahlin, finden allabendlich großen Beifall. — Wer die interessante und volkswirtschaftlich hochwichtige Ausstellung noch besuchen will, muß dies unbedingt heute und morgen tun. Eine Verlängerung ist trotz vielfacher Wünsche infolge der starken Inanspruchnahme der Kräfte ausgeschlossen. — Erwähnenswert ist, daß auch auswärtige, hauptsächlich Hamburger Wirtschaftskreise der Ausstellung lebhaftes Interesse entgegenbringen.

Prof. Quidde sprach am Sonntag als Gast der „Deutschen Friedensgesellschaft", deren Ortsgruppe Lübeck er vor 4 Jahren ins Leben gerufen, über das Thema: „Kriegs- oder Friedensreichstag?" — Eine Freude war's, den jugendfrischen Alten, den ergrauten Veteranen des Friedenskampfes einmal wieder hören und sehen zu können. — Mit mitreißendem Temperament berichtete er über die außenpolitische Entwicklung des letzten Jahres, die allmähliche Wendung zur Vernunft bei den Völkern Europas, den neuen Geist, der bei der letzten Völkerbundstagung so erfreulich in Erscheinung trat. Oft wurde er von freudiger Zustimmung unterbrochen, so wenn er die Haltung der deutschen Regierung beleuchtete, die ganz gewiß nicht aus Pazifisten bestehe und doch gezwungen sei, pazifistische Politik zu machen, und besonders als er dabei des Stresemannschen Doppelspiels gedachte. — Dem nächsten Reichstag stehen, so führte Quidde weiter aus, trotz Londoner Pakt schwere außenpolitische Aufgaben bevor. Es gilt, zunächst wirtschaftlich zur Wiederaufnahme des Handelsverkehrs im alten Umfang zu kommen; es gilt politisch die große Lücke auszufüllen, die im Dawesplan noch klafft, die endgültige Festsetzung der Gesamthöhe der Reparationsleistungen, und vor allem darauf hinzuarbeiten, daß die Kölner Zone am 10. Januar und die Ruhr möglichst zu gleicher Zeit geräumt werden.

Kommen jetzt die Leute ans Ruder, die bisher jede Erfüllungspolitik durchkreuzt haben, die auch sämtliche Gesetze zur Durchführung des Gutachtens abgelehnt haben, bis auf eines, das sie zur Hälfte annehmen, kommen diese Menschen dran, in denen die ganze Welt die Hauptschuldigen am Krieg sieht, — dann haben wir in all diesen Punkten auf das allergrößte Mißtrauen und den schärfsten Widerstand des Auslandes zu rechnen. Nur ein Reichstag mit einer starken verständigungsbereiten Linksmehrheit kann uns vorwärts bringen.

Der Vortrag selbst bot noch viel weitere Anregung; er berührte vor allem durch seine strenge Sachlichkeit so wohltuend gerade in dieser Wahlzeit. Nirgends war etwas gefärbt, auch Herriot, den die Rechtspresse „den Pazifisten" nennt, wurde einer scharfen Kritik unterworfen.

Schade nur, daß Quidde sich so spät hier anmeldete. Die Versammlung wäre sonst sicher noch besser besucht gewesen. Unsere Kriegshetzer hätten sich allerdings auch dann nicht hingetraut. Die sind ja nur da mutig, wo ihnen keiner entgegentreten darf. Auf so heikle Sachen wie eine öffentliche Debatte wird sich ein gelehrter Hetzer wie der Dr. Bauer niemals einlassen. Da könnte es am Ende herauskommen, wie wenig Eigenes an dem ganzen Geschwafel über den „Sinn des Krieges" dran ist.

Der Geburtenrückgang.

Ursache der Wohnungsnot und wirtschaftliche Verelendung.

Seit alter Zeit fanden in allen Ländern wichtige Veränderungen in der Schichtung der Bevölkerung statt. Diejenigen Kreise, die Herrschaft und Besitz an sich gefesselt hatten, suchten meist ihre Kinderzahl zu beschränken; hierfür gibt es zahlreiche interessante Beispiele und Nachweise. In die Lücken, die so entstanden, rückten Menschen aus den Volksschichten der ursprünglich Besitzlosen ein. Das Proletariat stellte die Menschen zur Verfügung, die eben gebraucht wurden.

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts etwa hat sich in bevölkerungspolitischer Hinsicht in vielen Ländern ein wichtiger Umschwung vollzogen. Die Geburten der proletarischen Schichten sind stark gesunken. Die gewollte Geburtenbeschränkung der proletarischen Kreise nahm gewaltig zu. Man erkennt diese wichtige Erscheinung ganz besonders deutlich aus dem Fallen der Geburtenziffer in der Nachkriegszeit.

Die deutsche Geburtenziffer betrug im Jahre 1913 rund 27,5 Lebendgeborene auf 1000 Menschen. Im Jahre 1917 hatte sie mit 13,9 auf 1000 ihr bisheriges Minimum erreicht. Von europäischen Ländern war nur noch in Belgien und in Frankreich im Jahre 1916 eine geringere Geburtlichkeit zu verzeichnen. Nach dem Kriege stieg in allen europäischen Ländern die Geburtenziffer wieder an. Im Jahre 1920 betrug sie in Deutschland 25,9, dann aber sank sie in fast allen europäischen Staaten wieder.

Der neuzeitliche Geburtenrückgang ist, wie Dr. Rösle in einer sehr lesenswerten Arbeit über die Entwicklung der deutschen Geburtenziffer in den Jahren 1920—1923 in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" erklärt, ebenso eine internationale Erscheinung wie der viel verkannte Geburtenrückgang vor dem Kriege. Es ist besonders bemerkenswert, daß trotz des starken Wiederanstiegs der Eheschließungsziffer in vielen europäischen Ländern nach dem Kriege dennoch die Geburtenziffer von neuem fiel. Es müssen also wichtigere Umstände auf den Rückgang der Geburten nach dem Kriege eingewirkt haben, als dies vor dem Kriege der Fall war — besonders stark in Deutschland, wo der Wiederanstieg der Eheschließungsziffer nach dem Kriege von allen europäischen Staaten am größten war.

Seit dem Jahre 1921 hat sich z. B. in Deutschland ein bisher dauernd anhaltender Geburtenrückgang eingestellt. Er ist überwiegend eine städtische Erscheinung. Im Jahre 1915 sank die Geburtenziffer der Orte mit städtischem Charakter auf 21,7 auf 10 000 Einwohner, während die Geburtenziffer der ländlichen Orte in demselben Jahre 27,8 auf 1000 betrug. Im Jahre 1923 lautete die Geburtenziffer der deutschen Landbevölkerung 23,8, die der städtischen Bevölkerung 16,9. Schloß man aber diejenigen Lebendgeborenen, die von ortsfremden, also vom Lande stammenden Müttern in den Städten geboren wurden, bei der Berechnung der städtischen deutschen Geburtenziffer im Jahre 1923 aus, so verminderte sich die städtische Ziffer auf 15,9, auf das Minimum der europäischen Geburtenziffern für eine größere Bevölkerungsmasse in der Gegenwart.

Dieser Gegensatz ist vor allem zurückzuführen auf die furchtbare Wohnungsnot, die namentlich in den Groß- und Mittelstädten die dort ansässige Bevölkerung auf das schlimmste heute noch bedrängt. Aber auch der Niedergang der deutschen Währung und die tagtäglich sprunghaft sich steigernde Teuerung während der Inflationszeit hat stark geburtenhemmend gewirkt. Die Großstadtbevölkerung, die nur auf den Kauf der Nahrungsmittel angewiesen ist, wurde schwerer getroffen als die Landbevölkerung, die zum großen Teil ihre Nahrungsmittel selbst hervorbringt. Die Angst und die Aufregung der Hungerjahre mußten die städtische Bevölkerung, die auf Rationen gesetzt war, besonders arg mitnehmen. Unter derartigen Verhältnissen beschränkte sie sich natürlich ganz besonders bezüglich der Kinderzahl.

In England hat nach dem Kriege ebenfalls eine beträchtliche Abnahme der Geburtenziffer eingesetzt, die sicherlich in der Hauptsache auf die schwere industrielle Krise, die England durchmacht, zurückzuführen ist. Dort sind es aber nicht die Städte, in denen die Geburtlichkeit besonders stark sank, nein, die englischen Städte mit über 50 000 Einwohnern zeichnen sich gegenüber den kleineren Städten und dem platten Lande durch höhere Geburtenziffern aus. Ganz besonders kraß ist der Unterschied zwischen Berlin und London. Während die Geburtenziffer Berlins bis zum Jahre 1923 auf 9,4 sank, betrug sie um diese Zeit in London 20,2; ein derartiger Gegensatz der Geburtlichkeit in zwei Weltstädten ist der beste Beweis für die Verschiedenartigkeit der Ursachen des Geburtenrückganges in den beiden Ländern.

Zweifellos hat Dr. Rösle recht, wenn er meint, daß der Wiederanstieg der deutschen Geburtenziffer nur ein allmählicher sein kann und dem Gesundungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft entsprechen muß. Wenn aber die Geburtlichkeit der deutschen Bevölkerung sich heben soll, so ist es heute mehr denn je notwendig, **die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Schichten zu verbessern.** Nur in derjenigen Familie, die wirtschaftlich sichergestellt ist, wird der Wunsch nach einer bestimmten nicht zu kleinen Kinderzahl vorhanden sein. Beschränkt man aber die Löhne und beschleunigt man nicht den Wohnungsbau, welcher der schrecklichen, geburtenhemmenden Wohnungsnot Einhalt zu tun vermag, so wird es ganz zwecklos sein, mit allen möglichen Ermahnungen wieder ein Ansteigen der deutschen Geburtenziffer herbeiführen zu suchen. Man biete der Arbeiterschaft die Möglichkeit eines erträglichen Lebenszuschnitts, man biete den jungen Erdenbürgern Aussicht auf eine menschenwürdige Unterbringung, Heranbildung und künftige Lebensführung: dann wird die Geburtenziffer in gewissen Grenzen, aber sicher ansteigen!

Dr. Galen.

Volksernährung u. Gemeinwirtschaft

Ausstellung im Gewerkschaftshaus

heute Dienstag und am Bußtag von 9 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends geöffnet

Im Wintergarten: **Künstlervorträge** von ersten Kräften des Stadttheaters

---

Stimmenfang bei den Kriegsbeschädigten.

Der Dank des Vaterlandes.

Pastor Stammer, zurzeit seines Zeichens deutschvolksparteilicher Kultus- und Justizminister von völkischen Gnaden zu Schwerin in Mecklenburg, hat in einer Wahlversammlung der Deutschvolksparteiler der Tätigkeit dieser Partei folgendes Loblied gesungen:

„Ein besonderes Arbeitsfeld für die Deutsche Volkspartei war die rastlose Arbeit und Sorge für die Kriegsbeschädigten; denn ein Volk ist nicht mehr wert, ein Volk zu heißen, das seine Kriegsbeschädigten vergißt."

Mit Verlaub. Da sei doch gleich festgestellt, daß auch die Volkspartei erst im Sommer dieses Jahres gegen das Bestreben der Sozialdemokraten war, die im Dezember vorigen Jahres so jämmerlich niedrig festgesetzten und im Laufe der Monate bereits unter dem Drucke der öffentlichen Meinung bis zu 40 v. H. erhöhten Grundrenten um weitere 60 v. H. zu erhöhen. Der kläglichen weiteren Erhöhung um ganze 10 v. H. verhalf die Volkspartei zum Gesetz.

Wie sehr sich diese „Arbeit und Sorge" der Deutschen Volkspartei für die Kriegsbeschädigten auswirkt, lehren die ab 1. August dieses Jahres geltenden „erhöhten" Rentenbezüge. Ein Beispiel dürfte genügen, um den Jammer zu demonstrieren:

Der um vierzig Prozent in der Erwerbsfähigkeit herabgeminderte Kriegsbeschädigte bezieht jetzt in der höchsten Ortsklasse an Grundrente, Ausgleichszulage und Ortszulage den Riesenbetrag von monatlich 10,15 Mark. Da die Ausgleichszulage den sogenannten ungelernten Arbeitern nicht gewährt wird, so erhalten diese noch 35 v. H. weniger, nämlich monatlich 7,50 Mark. Diese Beträge erhöhen sich dann für jedes Kind um 20 v. H., sodaß die Beträge bei einem verheirateten 40prozentigen Kriegsbeschädigten mit zwei Kindern 14,20 bezw. 10,50 Mark monatlich ausmachen.

Dabei ist zu bedenken, daß bei Annahme einer 40prozentigen Erwerbsminderung schon regelmäßig völlige Unfähigkeit zur Ausübung des früheren Berufs vorliegen muß. Ein Arm- oder Beinamputierter wird auch durchaus nicht immer als ein „Schwerbeschädigter" mit dem Anspruch auf die Schwerbeschädigtenzulage angesehen. Es wäre aber auch falsch, anzunehmen, daß die Rentenbezüge sich durch die Schwerbeschädigtenzulage wesentlich erhöhten. Sie beträgt bei einem 50prozentigen Schwerbeschädigten 1,50 Mark, bei völliger Erwerbsunfähigkeit 15 Mark monatlich.

Pastor Stammer scheint auch selbst zu fühlen, daß es mit der „rastlosen Sorge und Arbeit" des verflossenen Reichstages und insbesondere der Deutschen Volkspartei für die Kriegsopfer nicht weit her hat sein können. Denn er fügt hinzu: „Für die Gruppe der Kriegsbeschädigten ihre ganze Kraft einzusetzen, das war gerade die Arbeit der Deutschen Volkspartei, als die Auflösung des Reichstages dieser Tätigkeit ein Ziel setzte." Und demagogisch heißt es weiter: daß nun infolge der Auflösung des Reichstages die Kriegsbeschädigten „weiter darben" müßten.

Die Kriegsopfer werden solche Mätzchen als eine höchst unangebrachte Veräppelung empfinden müssen. ck.

An die Arbeitnehmer Lübecks!

Die gemeinsame Versammlung sämtlicher Vorstände des ADGB. und Afabundes, der Betriebsräte, Betriebsobleute und Baudelegierten Lübecks nahm nach dem Vortrag des Genossen Ehrenteit-Hamburg über „Die Gewerkschaften und Reichstagswahl" folgende Entschließung an:

„Die am 14. November 1924 tagende gemeinsame Versammlung der Gewerkschaftsvorstände des ADGB., Afabundes, sämtlicher Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierten Lübecks erklärten sich mit den Ausführungen des Gen. Ehrenteit einverstanden. Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, daß sich die Arbeitnehmer Lübecks restlos an der am 7. Dezember stattfindenden Wahl beteiligen. Sie erklären ferner, daß für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer als politische Vertretung **nur die Sozialdemokratische Partei in Frage kommt** und geloben, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß dieser Partei alle Stimmen zugeführt werden.

Im Verein für Heimatschutz

sprach am Sonnabend der Vorsitzende, Herr Oberbaurat Vire über die für das Winterhalbjahr geplanten Vorträge sowie über die Gründung der Zeitschrift des Vereins, der Heimatblätter. Sodann ging er auf die Frage der Bebauung des Holstentorplatzes ein. Es sei geplant, zunächst eine provisorische Messe- und Ausstellungshalle auf der Südseite des Platzes auszuführen. Hierdurch sei aber die unbedingt anzustrebende Einheitlichkeit der Platzgestaltung gefährdet. Wenn an die Bebauung des Platzes herangetreten würde, so sei dringend zu wünschen, daß es in einer endgültigen und nicht in einer provisorischen Weise geschehe. Die Aussprache ergab eine einmütige Stellungnahme des Vereins gegen eine provisorische Bebauung dieses für das zukünftige Stadtbild Lübecks so überaus wertvollen Platzes.

Herr Warncke hielt einen Vortrag über Lübecker Glocken, ihre Bedeutung in der Kunstgeschichte und im Volksleben unserer Heimat. Er führte u. a. aus: Wenn es auch zunächst die Aufgabe des Gießers sei, eine Glocke mit reinem schönen Klang zu schaffen, so ist es doch stets ein Stolz gewesen, sie auch als Kunstwerk zu schmücken, und gerade die bis hoch in den Norden und weit nach dem Süden verbreiteten Lübecker Glocken zeugen von dieser Freude am Schmuck der Glocke, obwohl er nur ganz wenigen Menschen je sichtbar wird. Nachdem der Vortragende zunächst die alte Stätte des Lübecker Glockengusses, das ehemalige Gießhaus an der Lastadie, gezeigt hatte, erläuterte er an der Hand weiterer Lichtbilder die technische Herstellung der Glocke und ging dann kurz auf ihre ältesten Formen ein. Wenn auch anzunehmen ist, daß der Lübecker Glockenguß bis in die Anfänge der Stadt zurückreicht, so rührt die älteste erhaltene Glocke, die aus dem Dom stammt und jetzt im St.-Annen-Museum aufgestellt ist, doch erst vom Jahre 1315 her. Bei dieser, sowie bei einer

figurengeschmückten Glocke aus St. Katharinen vom Jahre 1399 ist die Inschrift bezw. der Schmuck in den Gußmantel vertieft eingegraben, also ein Negativ; bei den späteren Glocken wird es üblich, den Schmuck in Wachs auf der Form (dem Hemd) aufzutragen. Der fruchtbarste Gießer Lübecks am Anfang des 16. Jahrhunderts war Hinrick von Kampen, dessen Glocken auch durch reichen spätgotischen Zierat ausgezeichnet sind, wovon mehrere prächtige Beispiele im Bilde gezeigt wurden. Von ihm rühren u. a. die Glocken des Glockenspiels von St. Marien her. Zur Zeit der Renaissance sind es die Gießer Mathias Benning und vor allem sein etwa hundert Jahre jüngerer, auch durch seine prachtvollen Geschütze berühmt gewordener Nachkomme Albert Benning, von denen sich viele kunstvolle Glocken erhalten haben, so vor allem von letzterem die Pulsglocke in St. Marien vom Jahre 1669. Ein hervorragendes Werk des Glockengusses ist ferner die Pulsglocke im Dom (1745) von Dietrich Strahlborn mit der schönen Plakate der Grablegung Christi. Schwer zu entscheiden ist freilich in den meisten Fällen, wieweit der Gießer auch an der künstlerischen Modellierung beteiligt ist. Außer diesem besonders für die Glocken angefertigten Schmuck begegnen wir auf Glocken der katholischen Zeit häufig den von Wallfahrern mitgebrachten Pilgerzeichen, die in den Mantel eingedrückt und so mit abgeformt wurden. Für den früher allgemein verbreiteten Glauben an die unheilabwendende Wirkung der Glocken befand sich ein merkwürdiges Zeugnis an einer eingeschmolzenen Glocke in Behlendorf, auf der zwei Zeichen, ein Blitz und ein Hakenkreuz, angebracht waren. (Schade für den Glockenguß und das verlorene Hakenkreuz! Red.) Im Getriebe des modernen alltäglichen Verkehrs werden die Stimmen der Glocken nur wenig beachtet. Ganz anders in früheren Zeiten, als die Glocke in unmittelbarer Beziehung zu den verschiedensten Aeußerungen des Volkslebens stand. Dies kommt auch in den Glockeninschriften zum Ausdruck, sowie in den zahlreichen Glockensagen und in den teilweise köstlich humorvollen plattdeutschen Klangsprüchen, mit denen die Klangart der Glocken vom Volke charakterisiert wird. Zum Schluß kam der Vortragende noch auf die Bedeutung der Glocken für die Geschichte unserer Heimat zu sprechen. Es sei noch im Anschluß an diese Ausführungen des Vortragenden bemerkt, daß wir von Theodor Hach eine Lübecker Glockenkunde besitzen, die den besten Veröffentlichungen auf diesem Gebiete an die Seite gestellt werden kann, und daß der Vortragende, Herr Warncke, außer textlichen Beiträgen das auch für die Lichtbilder benutzte vortreffliche Abbildungsmaterial zu diesem Werke beschafft hat. R.

Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde.

Freivorstellung im Stadttheater am Donnerstag, 20. November, abends 10 Uhr.

Die Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde, die sich heute mit einem Aufruf zum Beitritt an die gesamte Bevölkerung Lübecks wendet, und in erster Linie die Erhaltung unseres Theaters als Kulturtheater und des jetzigen Bestandes des städtischen Orchesters bezweckt, veranstaltet bereits am Donnerstag dieser Woche eine Werbevorstellung im Stadttheater bei freiem Eintritt. Sie hat an Personen aus allen Schichten der Bevölkerung, bei denen sie Interesse für die Aufgaben des Theaters voraussetzt, Einladungen und Eintrittskarten zu einer Freivorstellung versandt, die abends 10 Uhr am Donnerstag, dem 20. November, stattfindet. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der versandten Karten gestattet, die Platzkarten werden gegen den, den Karten anhängenden Bon, im Theater aus Urnen ausgelost. Auf dem Programm der Freivorstellung steht:

1. Lore — Lustspiel in 1 Akt von Otto Erich Hartleben, Erstaufführung.
2. Tänze des Balletts.

Zugleich findet von 8 Uhr ab in sämtlichen Räumen des städtischen Saalbaues ein Bunter Abend der Künstler des Stadttheaters statt, dessen Besuch ebenfalls gegen Vorzeigung der weißen Eintrittskarten frei ist. Nach der Theatervorstellung weitere gesellige Vereinigung im städtischen Saalbau. Um auch tanzlustigen jüngeren Familienmitgliedern der Eingeladenen die Teilnahme am Bunten Abend zu ermöglichen, werden grüne Eintrittskarten in beschränkter Anzahl dazu ausgegeben, die aber nicht zur Freivorstellung im Stadttheater berechtigen. Diese Karten können gegen Vorzeigung der weißen Eintrittskarten am Dienstag, dem 18. und Mittwoch, dem 19. ds., abends 5—7 Uhr im Nachrichtenamt (Kanzleigebäude, Aufgang 1), entnommen werden.

Es liegt im Interesse der Sache, daß alle versandten Eintrittskarten auch wirklich benutzt werden, damit das Theater an diesem Abend bis zum letzten Platz gefüllt ist. Deshalb werden die eingeladenen Gäste, soweit sie nicht selbst die Karten benutzen, gebeten, diese an Bekannte oder Freunde weiterzugeben, die sie mit Sicherheit benutzen werden. Der Bunte Abend ist dazu bestimmt, die Beziehungen zwischen Künstlern des Stadttheaters und dem Publikum, die in den letzten Jahren leider ziemlich kühl geworden sind, wieder herzlicher und persönlicher zu gestalten.

Die Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde hat bereits jetzt durch Verhandlungen mit der Theaterbehörde erreicht, daß für ihre Mitglieder durch Entnahme von Kartenblocks für 7 Vorstellungen eine Ermäßigung von rund 15 % der Eintrittspreise gewährt wird. Der Mitgliedsbeitrag der Gesellschaft ist auf 3 Mk. für Einzelmitglieder festgesetzt worden, und es liegt sowohl im Interesse des Theaters wie der Bevölkerung selbst, daß die Gesellschaft sehr stark wird. Daher ergeht an alle Bevölkerungskreise die Aufforderung zur Erwerbung der Mitgliedschaft. Eingeichnungslisten liegen vom Dienstag, dem 18. November ab vorläufig bei den Buchhandlungen von Quitzow, Trappe, Nöhring und Buddenbrookbuchhandlung, in der Musikalienhandlung Ernst Robert und an der Theaterkasse aus.

Kinderspeisung im Winter. Man schreibt uns: Auf Grund des Beschlusses für Kinderspeisung und des Jugendamtes ist die Speisung bedürftiger Kinder im Winter im Einvernehmen mit der Oberschulbehörde in folgender Weise geregelt. Seit dem 20. Oktober d. Js. erhalten 1000 Kinder, deren gesundheitliche und wirtschaftliche Bedürftigkeit durch Schule, Schularzt und Bezirksfürsorge festgestellt ist, in der Schule ein Frischmilchfrühstück (¼ Liter Milch und ein Brötchen von 70 Gramm). Außerdem erhalten von heute ab etwa 600 Kinder, die zu Hause kein ausreichendes Mittagessen bekommen würden, Mittagessen, und zwar 69 Kinder in Privathäusern und 550 Kinder an Sammelmittagstischen, die in der inneren Stadt und in den Vorstädten eingerichtet sind. Die Mittel für die Durchführung der Mittagsspeisung sind zum Teil als laufende Beiträge von solchen Haushaltungen gespendet, die aus irgendwelchen Gründen ein Kind zu Hause nicht speisen können, aber sich an dem Hilfswerk doch beteiligen möchten, zum andern Teil werden öffentliche Mittel dafür verwandt. Die erste Werbung für Privatmittagstische ist abgeschlossen, doch werden gern noch weitere Meldungen, wie auch Spenden für das Hilfswerk, von Bürgermeister a. D. Christern, Jugendamt, Zimmer 13, der diese Werbung wieder ehrenamtlich durchgeführt hat, entgegengenommen. **Ueberweisungen werden auf das Konto 1558 bei der Spar- und Anleihekasse erbeten.**

Sylvester Schäffer, unbestritten der hervorragendste Universal-Künstler der Welt, ist von seinem 10jährigen Aufenthalt in Amerika wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Sein Gastspiel im Hansa-Theater vom 20. bis 29. November wird den Einwohnern Lübecks und der Umgegend eine nie wiederkehrende Gelegenheit geben, die Leistungen des größten Varietekünstlers bewundern zu können. Schäffer ist ein Artisten-Genie. Er ist Geschicklichkeitskünstler, Zauberer, ein ausgezeichneter sicherer Jongleur, Schnellmaler, Fußakrobat und Athlet. Sogar zwei prächtige edle Pferde bringt er auf die Bühne und reitet brillant die hohe Schule. Dann entpuppt sich Schäffer als Violinvirtuose, tritt als Straßenmusikant auf, hebt in seinen römischen Spielen einen griechischen Rennwagen in die Luft. Als Kunstschütze leistet er Unübertreffliches und bringt in dieser Nummer lebende Rehe und Hasen auf die Bühne. Die Künstler-Dynastie der Schäffers besteht seit dem Jahre 1824, ist also 100 Jahre alt. Der Gründer der Familie war Karl Johann Schäffer, der am 18. Februar 1824 zu Prag als der Sohn eines K. und K. Beamten geboren wurde und der sich unter seinem Lehrmeister, dem großen Athleten Karl Rappo zu einem überragenden Künstler entwickelte. Aus seiner Ehe mit einer Wienerin entstammten 5 Kinder, die alle in des Vaters Truppe arbeiteten und mit ihm die halbe Welt bereisten. Der älteste Sohn Sylvester Schäffer senior, der heute noch auf seinem Besitz „Groß-Kuritz" bei Berlin lebt, übertrug den Künstlerruhm der Familie auf seinen einzigen Sohn Sylvester Schäffer junior, der nun schon seit Jahren den Ruf des berühmten Namens hochhält und die artistische Kunst in unübertrefflicher Weise in einer Person vereinigt.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** „Die spanische Tänzerin". Nicht weniger als acht Akte hat hier eine amerikanische Filmgesellschaft für die Legende des Don Cesär aufgewendet. Mit viel Prunk und viel Comparserie. Der Hof Philipps IV. muß den Hintergrund liefern. Eine schöne Zigeunerin, die von Pola Negri dargestellt wird, ist in den Mittelpunkt der Handlung gestellt. Sie spielt mit Feuer und Rasse und ragt aus der großen Zahl der Mitwirkenden hervor. Das Hofleben des Mittelalters ist zwar etwas überspannt wiedergegeben, aber dafür ist eben Amerika das Ursprungsland dieses Films. Die Groteske „Gerhardt macht sich beliebt" ist alles, nur nicht interessant. Wie die Hypnose darin angewandt wird, ist höherer Blödsinn. Diese Art Komik langweilt den Besucher. Der zu Beginn des Spielplanes gezeigte zweite Teil des Filmes über „Lübeck" ist nicht Städtebild, sondern vor allem das neueste auf dem Gebiete der Reklame. Die Wochenschau zeigt einige Episoden der letzten Zeitereignisse, darunter die Unwetterschäden am Main und Rhein.

Zeichnet für den Wahlfonds!

pb. **Wegen Begünstigung zum Diebstahl wurde ein an der Untertrave wohnhafter Maurer festgenommen.** Er hatte von einem Freunde ein Fahrrad in Aufbewahrung genommen. Als er erfuhr, daß dieses von seinem Freunde gestohlen war und er befürchten mußte, daß seitens der Polizei nach diesem Fahrrad bei ihm geforscht werden könnte, täuschte er, um das Fahrrad dem rechtmäßigen Eigentümer zu entziehen, einen Keller-Einbruch vor und behauptete, daß Fahrrad sei ihm gestohlen worden.

pb. **So endete das Leben. Wie berichtet, ist am 27. v. Mts.** der Privatmann Friedrich Sch... nach eingetretener Dunkelheit in der Trave bei Schuppen 5 durch Ertrinken verunglückt. Man nahm an, daß der Verunglückte infolge seiner Kurzsichtigkeit versehentlich in die Trave gelaufen wäre. Andererseits tauchten aber auch Gerüchte auf, daß er von verbrecherischer Hand in die Trave gestoßen sein könnte, weil ihm zwei seiner Kinder, nämlich der jetzige Eisenbahninspektor Friedrich Sch... aus Schwerin und seine Tochter Ida H... geb. Sch ... aus Berlin schon früher nach dem Leben getrachtet haben sollen, und zwar deshalb, weil der Verstorbene bis zum Jahre 1918 ein kostspieliges Leben geführt haben soll, wodurch die Erben ihr Erbteil verschwinden sahen. Nachdem hier eine Tochter des Verstorbenen aus Hannover eingetroffen war, um den Nachlaß des Verstorbenen zu regeln, bestätigte diese die Wahrheit der Gerüchte über gegen ihren Vater vollführte Mordanschläge seitens ihrer in Schwerin bzw. Berlin wohnhaften Geschwister unter der gleichzeitigen Erklärung, daß der Vater diese beiden enterbt und in seinem Testament genaue Aufzeichnungen über die Vorfälle gemacht hätte. Eine Anzeige wäre derzeit aus Schonung für die Familie unterblieben und wäre der Wille des Verstorbenen bis nun hin respektiert worden. Eine gerichtsseitige Oeffnung des Testaments ergab schwer belastende Beschuldigungen gegen die Täter, zumal die mitbeschuldigte Tochter Ida dem Vater gegenüber ein mündliches und schriftliches Eingeständnis gemacht und gleichzeitig um Verzeihung gebeten hatte. Nach den Aufzeichnungen des Verstorbenen soll sein Sohn um die Osterzeit 1918 herum zu zwei verschiedenen Malen versucht haben, den Vater mittels Giftes, welches er ihm in Glühwein bzw. in Eier getan hatte, zu vergiften, ein anderes Mal soll er den Versuch gemacht haben, den Vater nach Beibringung eines Schlafpulvers mit Leuchtgas in seiner damaligen Wohnung Mühlenbrücke zu vergiften und am 23. November 1918 soll der Sohn sogar versucht haben, den Vater in den Wallanlagen bei der Puppenbrücke, wohin ihn die Tochter geführt haben soll, zu erschießen. Tatsächlich wurde der Verstorbene an dem genannten Tage durch zwei Revolverschüsse in den Anlagen niedergestreckt und von seiner Tochter mit einer Schußverletzung am Hinterkopf in seine Wohnung geschafft, wo er von einem hiesigen Arzt in Behandlung genommen wurde, der am 3. Januar 1919 die Kugel mittels operativen Eingriffes entfernte. Da auch Anhaltspunkte dafür da sind, daß die von dem Verstorbenen skizzierten Giftmord-Versuche tatsächlich zur Ausführung gekommen sind, waren die Verdachtsmomente gegen die Beschuldigten so schwerer Natur, daß sie seitens der Lübecker Kriminalpolizei in Schwerin bzw. Berlin festgenommen und nach hierher transportiert wurden.

*

Meisling. Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung fand hier am Sonnabend im Kaffeehaus statt. Genosse P. Löwigt schilderte in eindringlicher Weise die außen- und innenpolitische Situation und brandmarkte den deutschnationalen Schacher, der für Gesinnung Ministersessel eintauschen wollte. Heute gelte es, dafür zu sorgen, daß ein Reichstag gewählt wird, der die Wege bahnt zur Verständigung der Völker und damit auch zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Die Feinde der Republik müssen geschlagen, ihr verderblicher Einfluß auf die Geschicke unseres Landes ausgeschaltet werden. Das Selbstbewußtsein der Republikaner, das mächtig durch das Reichsbanner Schwarz-rot-gold gehoben sei, müsse weiter gefördert werden, damit die Staatsform vor Angriffen sich fälschlich vaterländisch nennender Verbände geschützt werde. Sehr wichtig sei die Verteilung der Lasten, die Beschlußfassung über die Zölle, die bei einem rechtsgerichteten Reichstag die minderbemittelte Bevölkerung schwer bedrücken würden. Redner kritisierte dann scharf die verschiedenen republik- und arbeiterfeindlichen Parteien, besonders die Kommunisten, deren ganze Tätigkeit nur den Kapitalisten zugute komme; er forderte unter lebhaftem Beifall auf, alles zu tun, um der Sozialdemokratie am 7. Dezember zum Siege zu verhelfen. Notwendig sei vor allem auch die Aufklärung der Frauen. In der Diskussion sprach ein Kommunist, der seine eigene Partei durch seine ungeschickten Ausführungen lächerlich machte. Genosse Meier zeigte an der Hand des Botzenhardt-Briefes die Gewissenlosigkeit der Kommunisten. In seinem Schlußwort rechnete der Referent gleichfalls scharf mit ihnen ab und kennzeichnete den wahren republikfeindlichen Charakter der sogenannten vaterländischen Verbände an der Hand des Aufrufs des Generals von Morgen, dem man dankbar dafür sein müsse, daß er seinen Heerscharen die Maske vom Gesicht genommen hätte.

Achtung, Republikaner von Rückniß und Umgegend! Am Freitag, 21. November, abends 7½ Uhr: Versammlung bei Herrn W. Dieckelmann zwecks Gründung des Reichsbanners. Alle Republikaner sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telephon 2443.
Sprechstunden: 11—1 Uhr und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Achtung, Distriktführer! Donnerstag, den 20. November im Parteisekretariat wichtige Sitzung.

15. Distrikt (Landbezirk). Freitag, den 21. November, abends 7 Uhr im Parteisekretariat. Jugendgenossen haben ebenfalls anwesend zu sein.

Dienstag, den 18. November, abends 7½ Uhr, Distriktsmitgliederversammlungen:

8. Distrikt in der Marquardtschule. Redner: Genosse A. Weiß.

11. Distrikt im Lokale „Luisenlust", Eschenburgstraße. Redner: Genosse A. Haut.

Proletarischer Sprechchor. Mittwoch, den 19. Nov., 5 Uhr: Probe in der Marienschule, Langer Lohberg. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Vorwerk. Mittwoch, den 19. November, abends 7½ Uhr bei Lembrecht, Bogenstraße, Mitgliederversammlung.

Travemünde. Donnerstag, den 20. November, abends 8 Uhr im Kolosseum Mitgliederversammlung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bureau: Johannisstraße 48 II.
Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Spielleute! Mittwoch, morgens 9 Uhr: Ueben im Gewerkschaftshaus. Instrumente mitbringen. Keiner darf fehlen!

Republikanisches Liederbuch. Es enthält ernste und heitere Lieder. Wir empfehlen allen Reichsbannerorganisationen, sich dieses Liederbuch anzuschaffen. Der Preis beträgt 30 Pfennig. Zu haben in der Buchhandlung „Lübecker Volksbote", Johannisstraße 46.

Der fünfte Jahrestag der deutschen Reichsverfassung. Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Verfassungstage 1924. Preis 70 Pfennig. Zu haben in der Buchhandlung „Lübecker Volksbote", Johannisstraße 46.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Wegen Lohndifferenzen haben die Arbeiter der Schiffsverwertungsgesellschaft in Siems, G. m. b. H., heute die Arbeit eingestellt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.

Achtung, Steinsetzer und Berufsgenossen! Ueber die Pflasterungsarbeiten des Bauunternehmers Schnauer in Hof Riendorf ist wegen untariflicher Maßnahmen die Sperre verhängt.

Steinarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck.

Jugendabteilung des D. M. V. Heute, Dienstag, 7 Uhr: Besichtigung der Ausstellung im Gewerkschaftshaus. Jedes Mitglied bezahlt nur 10 Pfg. für Eintritt. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Die Jugendleitung.

Vermischte Nachrichten.

Ueber die Polarfahrt der „Maud" wird der Frkft. Ztg. geschrieben: Der norwegische Dampfer „Maud", der im Sommer 1918 von Kristiania abfuhr, mit der Absicht, sich durch das nördliche Eismeer treiben zu lassen und dabei dem Nordpol so nahe wie möglich zu kommen, ist nunmehr wieder in den Eismassen festgefroren und dadurch gezwungen, bis zum nächsten Sommer in der Nähe der Bäreninsel stillzuliegen. Gestern abend ging von der „Maud" über Spitzbergen folgendes Radiotelegramm ein: „Kamen los aus dem Eise den 9. August bei 76 Gr. 25 Min. n. Br. und 143 Gr. 20 Min. ö. L. Es war unmöglich, Neu-Sibirien zu umrunden. Wir mußten umwenden und westlich um Kotternot zurückfahren. Am 19. August passierten wir die Laptewstraße und waren am 27. August 7 Meilen von Kap Baronov entfernt. Es war nicht möglich, vorwärts zu kommen. Wir fuhren deshalb zu den Bäreninseln und liegen nun 4 Meilen nördlich der Vierpfeilerinsel. Die „Maud" hat ein kleines Leck vom Packeis bekommen. Wir haben Schmieröl für zwei Tage. Sonst ist alles wohl an Bord." — Das ist das erste Lebenszeichen der „Maud" seit dem März d. J. Eine norwegische Zeitung hatte ein Gespräch mit dem in Kristiania ansässigen Polarfahrer Kapitän Sverdrup und befragte ihn um seine Meinung zu der Lage des Schiffes. Sverdrup sagte, daß das Telegramm nicht günstig für die „Maud" laute. Die Bäreninseln liegen dem Festlande näher als der Weg, den die „Maud" eigentlich hätte einhalten sollen. Es sähe so aus, als ob das Schiff weder in östlicher noch in westlicher Richtung vorwärts kommen könnte. An der Stelle, wo sich das Schiff jetzt befinde, sei es nun für ein Jahr eingeschlossen. Kapitän Sverdrup glaubt nicht, daß die Mitteilung über das Leck so große Bedeutung hätte, jedoch könnte der Mangel

Fertig zum Kochen

sind Maggi's Suppen. Sie brauchen nur noch kurze Zeit lediglich mit Wasser gekocht zu werden, weil die Würfel bereits alles enthalten, was zu einer vollständig fertigen Suppe gehört. Viele Sorten wie Eier-Sternchen, Eier-Nudeln, Erbs mit Speck, Grünkern, Pilz, Reis mit Gemüse, Reis mit Tomaten, Königin, Tapioka echt, Windsor usw. Ein Würfel für 2 Teller 12 Pfg.

12391)

Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle d. Direktors d. Hygienischen Instituts d. Universität Berlin, Geheimrat Prof. Dr. Martin Hahn, unterstellt

im Schmieröl gefährlich werden. Solange das Schiff still liegt, brauche es allerdings kein Schmieröl, doch wenn die Reise fortgesetzt werden solle, würden sich Schwierigkeiten ergeben. Da man sich aber bisher nur mit Segel beholfen habe, dürfte sich auch hier vielleicht noch ein Ausweg ergeben. Zum Schluß meint Sverdrup, daß das Telegramm nichts anderes bedeute, als daß die Nordpolreise nun vollständig aufgegeben werden muß. An Bord der „Maud" befinden sich sieben Mann, darunter Kapitän Vistring, der Polarforscher Dr. Sverdrup und der schwedische Meteorologe Finn Maldgreen.

*

Ueber dem Nordpolar-Unternehmen Roald Amundsens scheint ein Unstern zu walten. Wie man sich erinnert, war es dem Expeditionsschiff der Expedition, der „Maud", nach drei vergeblichen Anläufen im Herbst 1922 endlich gelungen, bei der Wrangel-Insel in das Packeis zu kommen, in dem es mit der Strömung durch das arktische Meer sich treiben lassen wollte. Die Trift der „Maud", die auf etwa fünf Jahre berechnet wurde, ging etwas südlicher von statten als die denkwürdige Fahrt der „Jeannette", die 1881 in der Nähe der Neusibirischen Inseln ihren Untergang fand. Ob unter diesen Umständen auch das Projekt des Nordpolfluges von Spitzbergen nach Alaska, das Amundsen immer noch mit zäher Energie betreibt, aufgegeben werden muß, steht dahin.

Sport.

Fußball-Abteilung Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck. Am Mittwoch, 19. Novbr., 2.30 Uhr, treffen sich auf der Falkenwiese A.T.V. I und B.S.V. I. Man kann gespannt auf dieses Spiel hinsehen, da A.T.V. in letzter Zeit wieder in alter Form spielt und B.S.V. eine gute und faire Spielmannschaft besitzt. Gewerkschaftler unterstützt den Sport. Auf zur Falkenwiese!

P. M.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

17. November 1924.

Schwed. D. Angermanland, Kapt. Elmen, von Stockholm, Stückgut u. Benzol, 2 Tg. Deutsch. S. Polaris, Kapt. Steinbrink, von Kopenhagen, leer, 2 Tg. Schwed. Motorsch. Inge, Kapt. Person, von Groassen, leer, 3 Tg. Dän. S. Gumborg, Kapt. Gustavson, von Fredrikshafen, leer, 8 Tg. Deutsch. D. Bürgermeister Lafrenz, Kapt. Hammer, von Burgstaken, 12 Pass., Stückg., 3 Std. Dän. Motorsch. Lisbeth, Kapt. Jakobsen, von Odensee, leer, 4 Tg. Schwed. Motorsch. Anna, Kapt. Olsson, von Faaborg, leer, 3 Tg. Schwed. Motorsch. Scheldervik, Kapt. Andersson, von Kolding, leer, 2 Tg. Dän. Motorsch. Hannsmarie, Kapt. Lorenzen, von Kolding, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Borghild, Kapt. Tom Dieck, von Ljusne, Erz, 3 Tg.

18. November 1924.

Finn. D. Mira, Kapt. Willberg, von Helsingfors, 8 Pass., Stückg., 3 Tg. Finn. D. Halland, Kapt. Holmen, von Abo, 8 Pass., Stückg., 2½ Tg. Deutsch. D. Wiborg, Kapt. Burmeister, von Kotka, Holz, 3½ Tg.

Abgegangene Schiffe.

16. November 1924.

Deutsch. Motorsch. Methan, Kapt. Timmermann, nach Stockholm, Stückg. Deutsch. D. Otto Ippen 20, Kapt. Hack, nach Rostock, Stückg. Deutsch. Motorsch. Paul, Kapt. Schlopke, nach Neustadt, Stückg. Deutsch. D. Rudolf Otto Ippen 20, Kapt. Rickert, nach Hamburg, Stückgut.

17. November 1924.

Deutsch. S. Frida, Kapt. Wachtel, nach Varborg, Salz. Dän. S. Karline, Kapt. Jensen, nach Bandholm, Salz. Deutsch. S. Hulda, Kapt. Krüger, nach Ystad, Salz. Schwed. S. Gulli, Kapt. Petersen, nach Nortylonya, Salz. Deutsch. D. Gotland, Kapt. Ellerbrock, nach Furillen, leer. Estl. S. Tione, Kapt. Feng, nach Kotka, Salz. Deutsch. D. Hamburg, Kapt. Müller, nach Helsingfors, leer. Deutsch. D. Wien, Kapt. Ohler, nach Altona, leer. Deutsch. Motorsch. Helene, Kapt. Mews, nach Wismar, Stückg. Dän. D. Moen, Kapt. Sörensen, nach Mariages, Salz. Deutsch. D. Leontes, Kapt. Flechsig, nach Mariages, Stückg. Deutsch. D. Franz, Kapt. Mietzner, nach Stevens, leer.

18. November 1924.

Schwed. Motorsch. Agnes, Kapt. Johannsen, nach Roshilde, Salz. Deutsch. D. Anneliese, Kapt. Michaelsen, Glaubersalz.

Geht die Wählerlisten ein!

Werktags von 10—1 und 3—5 Uhr,
Am Bußtag von 10—2 Uhr.

Die Wählerlisten liegen aus: für Lübeck (einschließlich Vorwerk, Krempelsdorf, Israelsdorf, Gothmund, Schönböken und Wesloe) **in den Sälen des Katholischen Gesellenhauses.**

In Travemünde in der dortigen Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, **Neustraße 3.**

In den Stadtteilen Kücknitz-Herrenwyk, Siems-Dänischburg und Schlutup **in den Geschäftsräumen der dortigen Meldestellen.**

In Moisling und Genin **in der Meldestelle in Moisling.**

*

Stimmberechtigt ist nur, wer am Abstimmungstage Reichsangehöriger und zwanzig Jahre alt ist. Abstimmen kann nur, wer in eine Stimmliste eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Stimmberechtigte können nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Stimmliste sie eingetragen sind. Inhaber von Stimmscheinen können in jedem beliebigen Stimmbezirke des Abstimmmungsbezirks abstimmen.

Versäume deine Pflicht nicht! — Schau die Wählerliste nach!

*

Seeleute und Reichstagswahl!

Abstimmungsverfahren bei der Reichstagswahl. Seeleute können, falls sie vor der Abstimmung aus einem deutschen Seehafen ausfahren oder am Abstimmungstage oder in den nachfolgenden fünf Tagen in einen deutschen Seehafen einfahren und sich durch ihr Seefahrtsbuch ausweisen, ihr Stimmrecht in der Zeit vom zehnten Tage vor dem Abstimmungstage bis zum fünften Tage nach diesem in der Hafenstadt vor einem besonderen Abstimmungsvorstand ausüben, müssen sich aber dazu einen Stimmschein besorgen. Den Seeleuten ist also fortan, auch wenn sie am Wahltage auf See fahren, eine Teilnahme an der Wahl möglich gemacht.

Als Hafenstädte für die Stimmabgabe gelten: Elbing, Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Rügenwaldermünde, Stolpmünde, Stetin, Swinemünde, Barth, Greifswald, Saßnitz, Stralsund, Wolgast, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Harburg, Wesermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Rostock, Warnemünde, Wismar, Brake, Elsfleth Nordenham, Rüstringen, Bremen, Bremerhaven, Lübeck.

*

Wählerlisten in der Provinz Lübeck.

Achtung Wähler!

Im Landesteil Lübeck finden am 7. Dezember die Reichstags- und **Landesausschußwahlen** und am 14. Dezember die **Gemeinderatswahlen** statt. Für diese Wahlen liegen die Wählerlisten zur jedermanns Einsicht in den Gemeindebureaus in der nachfolgenden angegebenen Zeit aus:

Für die **Landesausschußwahl vom 9.—23. November;**
für die **Reichstagswahl vom 16.—23. November;**
für die **Gemeinderatswahl vom 16.—30. November**

vormittags von 9—1 Uhr, Mittwochs und Sonnabends nachmittags von 3—7 Uhr.

Es ist Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in die Wählerliste eingetragen ist. Keiner darf diese Pflicht versäumen, damit er am Wahltage sein Wahlrecht ausüben kann.

Gewinnauszug
2. Klasse 24. Preußisch-Süddeutsche (250. Preuß.) Klassen-Lotterie.
2. Ziehungstag. 15. November 1924

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

1 Gewinn zu 100000 R.-M. 282200
2 Gewinne zu 10000 R.-M. 34537 263900
2 Gewinne zu 3000 R.-M. 133512 266858
3 Gewinne zu 2000 R.-M. 79135 142268 297029
2 Gewinne zu 1000 R.-M. 138646 152397
6 Gewinne zu 800 R.-M. 34179 75730 80581 127620 168394 253817
14 Gewinne zu 500 R.-M. 93210 95633 108035 110288 119289 122361 120153 147036 177642 202007 262717 296370 303933 319838
25 Gewinne zu 300 R.-M. 43275 73402 100209 101217 104497 105912 118605 125653 147556 149480 180923 182000 188596 203582 218880 248969 250081 250914 277195 278619 280575 281602 290343 301070 309377
93 Gewinne zu 150 R.-M. 230 7594 18092 19569 22720 24282 26801 27525 39071 40565 43950 44455 48441 51275 53691 55467 59267 60124 62971 66347 70409 72091 72611 74184 75861 79294 79649 81708 84774 94705 94840 96267 96088 97592 98592 106412 109273 133321 138160 141083 142330 143020 145033 146335 148022 148969 152307 152626 159532 165047 167678 169135 169448 170584 175530 178658 179600 180918 182259 188455 189844 189860 192410 195852 203497 203658 209899 212716 218268 220828 222920 226024 243065 243631 243801 244045 246211 250606 250940 256382 270694 271661 280876 281071 285214 286294 288698 292845 298600 304475 304594 307949 311825

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

1 Gewinn zu 5000 R.-M. 236209
2 Gewinne zu 3000 R.-M. 48805 175789
2 Gewinne zu 2000 R.-M. 26337 121258
2 Gewinne zu 1000 R.-M. 36251 210328
6 Gewinne zu 800 R.-M. 197 81455 119898 192042 238707 271446
13 Gewinne zu 500 R.-M. 32126 74325 76260 82148 92586 113347 194869 210142 211835 257475 284933 296929 300967
27 Gewinne zu 300 R.-M. 16820 17803 43661 75494 75920 93216 93490 93664 97256 108627 110808 126424 127208 181463 196546 197208 200758 216201 227696 240854 255480 273151 286689 302824 304590 308075 319572
99 Gewinne zu 150 R.-M. 408 3424 8309 9025 22208 22249 24037 24734 26675 36635 37999 38575 40568 40602 46790 47592 47782 47820 47965 48320 49098 50535 56414 64544 66193 67613 68089 70384 98963 103679 104824 106054 111735 123138 124562 125744 129685 136066 140320 151882 140769 149238 152114 154398 163182 165619 167555 173122 179329 179862 180474 182450 186669 189581 189634 192180 199282 200167 216051 216850 217708 219957 220880 224508 228001 230466 234034 234054 237893 239077 243788 247508 247812 248483 250345 255611 257934 258132 262679 264808 266910 268730 270381 275084 275596 281709 286733 289106 290468 293904 295328 297452 299058 304063 306782 308912 312736 313210 315221.

Ziehung 3. Klasse am 12. u. 13. Dezbr.

Staatliche Lotterie-Einnahme
R. Jansen
Johannisstraße 18 Fernruf 3859

Amtlicher Teil

Oeffl. Sitzung des Verwaltungsgerichts am Donnerstag, dem 20. November 1924, nachm. 4 Uhr, im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstr. 20, Zimmer 25. (12455

Am 20. November 1924, vorm. 10½ Uhr, wird der Kapitän Jänecke vom Motorsegler „Frida" wegen seiner Reise von Hamburg nach Finnland und zurück auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (12450

Amtsgericht Lübeck.

Zwangsversteigerung.

(Berichtigung.)

Der Name des Besitzers des am Dienstag, dem 23. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, durch das Amtsgericht in Lübeck an Gerichtsstelle in Lübeck, Gr. Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 20, zu versteigernden Grundstücks Hüxstraße Nr. 104, muß richtig **Friedrich** Hermann Bernhard **Brockmöller** heißen.

Öffentliche Versteigerung

am **Freitag, d. 21. d. Mts.**, vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

1 große Partie Schnürbänder, Zigarren, Zigaretten, Schokolade, Pfefferminz-Tabletten, Lollystangen, Cremeriegel, Weine, Oelgemälde, 1 Partie Feilen, Bohrer, Manometer, Tourenzähler, Lederersatzsohlen, 60 qm Linoleum, 1 gr. Papierschneidemaschine, Briefpapier, Radiergummi, Löschkartons, Etuis, Handtaschen, Ansichtskarten, Bücherschränke, Ledersessel, Schreibtische, Büfett, Salonschrank, Stühle, 1 Damenfahrrad, 10 neue Herren-Ueberzieher, 3 Ballon Maschinenfett, 1 Kücheneinrichtung, Bücher, 1 Kostüm u. v. a. m. (12435

Das Gerichtsvollzieheramt

Nichtamtlicher Teil

Guterh. Winter-Joppe f. stark. Fig. ges. Ang. u. D 559 a. d. Exp. (12401

Eine g. Trittnähmaschr. z. verk. ev. g. Kart.-Berg. (12416) Kronsford. Allee 121.

Am 15. 11. 1924 starb nach langem Leiden der Schlosser 12424

Heinr. Ehlers

Wir verlieren mit ihm einen gewissenhaften und strebsamen Mitarbeiter. Sein Andenken werden wir in Ehren halten

Drägerwerk
Heinr. u. Bernh. Dräger u. die Beamten d. Werkes

Nach jahrelangem Siechtum starb am 15. d. M. unser lieber Kollege, der Schlosser 12425

Heinr. Ehlers

Er war einer unserer treuesten Mitarbeiter. Wir werden seiner in Ehren gedenken

Die Arbeiterschaft des Drägerwerks

Nach längerem Leiden verstarb heute mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager u. Onkel

Hermann Buch

Dreher

im 38. Lebensjahre, tief betrauert von

Luise Buch Wwe. u. allen Angehörigen

Stockelsdorf, 17. November 1924

Beerdigung Donnerstag, 20. Nov., nachm. 3 Uhr, Kap. Stockelsdorf. (12394

Deutscher Verkehrs-Bund
Ortsverwaltung Lübeck

Nachruf!

Am 14. d. M. starb unser treuer Kollege, der Hafenarbeiter

Heinr. Leffkow

Ehre (12431 seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, d. 20. d. M., nachm. 2¼ Uhr, auf dem Vorw. Friedh. statt.

Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle **Lübeck**

Am 17. d. Mts. verstarb unser treuer Kollege, der Dreher

Hermann Buch

Ehre 12429 seinem Andenken!

Beerdigung am Donnerstag, nachm. 3 Uhr Stockelsdorfer Friedhof.

Die Ortsverwaltung

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche
— OHNE CHLOR —

Ein. Ofen zu verkaufen. (12402) Josephinenstr. 1.

Hiermit sagen wir allen Freunden u. Bekannten f. die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit unsern herzlichsten Dank. 12428

Paul Möller und Frau geb. Lender.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer silbernen Hochzeit danken 12456

Carl Wunderwaldt und Frau

1 fühiger Friseurgehilfe gesucht (12442

Lindenau, Kl. Schrangen 6

Kinderwagen billig zu verkaufen. (12396 Eschenburgstr. 8 b.

Petr.-Hängel., br. Anzug (mittlere Größe) zu verk. (12398) Lindenstr. 65a, II.

Zu verk. 1 H.-Mantel (Schlüpfer) f. e. schl. H. (12399) Reiferstr. 17a, pt.

Gut erhalt. schwarzer Herren-Paletot zu verk. (12420) Augustenstr. 22 a, II

Kanarienhähne u. Wbch. billig zu verk. (12400 **Mauritz**, Westhoffstr. 22, III

M. br. Anz., M 30.—, bl. W.-Mantel, M 20.—, D.-Schuhe (37) M 6.— z. vk. Beckergr. 68, II. (12415

Zu verk. gr. Puppenkaffeeservice. (12393 Wickedestr. 33/35, II, r.

Ein zweirädriger Wagen auf Federn zu verk. (12441) Wendische Str. 8, I.

Blockwagenachsen mit und ohne Buchsen z. vkf. (12434) Percevalstr. 30, III.

Zu verk. ein neuer Küchentisch mit Abwasch. Blanckstr. 14, Hth. (12454

Johannis- u. Stachelbeersträuch. b. z. verk. (12409 Lohstr. 14 (Stockelsdorf).

Zu verk. Mantel für 8-10j. Kn., Schattenbild.-Masch. mit Bildern. (12408 **Hundestr. 96, I, v., L.**

Das gute Buch

in der

Ausstellung

Volksernährung u. Gemeinwirtschaft

Gewerkschaftshaus

Zimmer 9

Sofa, 4 Polsterst. (Mah.). Schreibtisch, Leinenschr. u. Küchenschr., f. n., z. verk. Zu erfragen Maiblumenstr. 9, I. bei Schoof. (12413

---

2 Milchziegen zu verk. Lankau, Schönböken (12418

Kanarien-Edelroller Licht- und Tagsänger, von 10 M. an Brockesstr. 51, III. l. (12433

Verloren ein Schlüsselbund. Bitte abzugeben 12436 Glandorpstr. 16 pt

---

Unterricht in d. Damenschneiderei, 3/4- u. 1/2jähr. Kursus. **C. Baisch,** Johannisstr. 26. 12416

Hausschuhe aus altem Stoff fertigt an (12419 Frau Schramm, Stitenstr. 6, I.

Aerztl. Sonntagsdienst. 12375
Dr. Schwarzweller, Br. Str. 18.
Dr. W. Voß, Musterbahn 1
Dr. Holtstaetter, Moisl. All. 2.

Dr. Kreutzfeldt
Augenarzt, 12447
zurück.

Ia Briketts
Westf. Hartkoks
20/40er
kleingem. Holz
Roggenpreßstroh
Zentner 3.40 Mk.
empfiehlt
Wilh. Sülke
Schwartauer Alle 46a
Tel. 8822. 12449

Frauchen wartet ab!

Sie hat schon mehrere Anzeigen von „Schwan im Blauband" gesehen und auch von Bekannten nur das Beste darüber gehört. Jetzt will sie sich selbst überzeugen. Die entscheidende Probe ist nicht, die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" zum Backen oder Braten für Fisch oder Fleisch, sondern sie als Brotaufstrich zu verwenden.

Beim Frühstück wartet die Hausfrau voller Spannung, ob der ahnungslose Gatte etwas bemerkt. Aber statt des heimlich erwarteten Tadels gibt er nur seiner Freude über die vorzüglich schmeckende „Butter" Ausdruck. „Schwan im Blauband" hat gesiegt! Wie sie bei jedem Versuch in jedem Haushalt siegen wird. Hausfrauen, wieviel erspart euch die Verwendung von „Schwan im Blauband" pro Monat? Rechnet selbst!

Der Preis ist 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Kartoffeln
(auch Kleinverkauf)
Briketts, Kohs, Holz
liefert ab Lager und frei Haus 12441
Richard Feddern
Charlottstr. 15 (Markt)
Schnellste Bedienung.
Zwanglose Auskunft!

Kartoffeln
Industrie,
Odenwalder und Magnum bonum
empfiehlt in allerbester Ware
Wilh. Sülke, 12440
Schwartauer Allee 46 a.
Telephon 8822.

Futter-Kartoffeln
(gesunde haltbare Ware)
Ia. Steckrüben
(gesunde Ware)
Zentner Mk. 2.25
empfiehlt
Wilh. Sülke
Schwartauer Allee 46 a
Tel. 8822 (12451

FROST
beseitigen Sie schnellstens durch
Kayser's 12445
Frostin Mittel
Paket 30 Pfg.
Fand. Kayser
Breite Straße 81

Wir zahlen die allerhöchsten Preise für
Felle
und (12454
Haare
Gebr. Wagner Tel. 3414
Lachwachsgr. 26 Holstenstr. 8
Beste Absatzquelle für Händler und Private

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Zigaretten
Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Ludwig Frank
Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialdemokratie.
Preis: Brosch. 1.20 Mk.
Buchhandlung
„Lüb. Volksbote"
Johannisstr. 46.

Kalper-Ohm un ik.
Plattdeutsche Erzählungen von
John Brinckman
Preis 2 Mk.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Moislinger Baum
Direkte Endstation der Linie 9
Morgen Mittwoch, 3½ Uhr:
großes
Extra-Konzert
verbunden mit
Künstler-Vorträgen 12465
Die Musik wird ausgeführt vom
Sulanke-Orchester
unter persönlicher Leitung des
Herrn **Kapellmeister Robert Sulanke**
Eintritt frei!
Rud. Jäde.

Mir empfehlen
bei Lagerabholung
unsere eigenen
Kohlen-Verkaufsstellen

Holstentor Süd:
Moislinger Allee 48

Holstentor Nord:
Kerkringstraße 9

Mühlentor:
Kokswerk Geniner Ufer

Burgtor:
Kottwitzstraße 5—11

Innere Stadt:
I. Lager Drehbrücke
II. Mühlenstraße 62

Ab Lager sind alle Preise um 15 Pfennig **ermäßigt**
Bestellungen auf Frei-Haus-Lieferungen werden in obigen Verkaufsstellen ebenfalls entgegengenommen und prompt ausgeführt (12459

Posschls Kohlenhandel

Hersteller zahlt 100 Mk. wenn **„Riesolda"** nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleider-
Läuse **Flöhe** (Brut) vertilgt. **Keine Wanze mehr** oft bei einmaliger Anwendung von **„Riesolda".**
Verkauf nur **Aegidienstraße 4** (12381

Fledermaus

Mittwoch, den 19. November,
Bußtag
4 Uhr nachmittags
Zeitgemäßes Konzert und Solovorträge erster Künstler
Abends
Extra-Programm

Kapellmeister Dammeier
Solo für Geige
Robert Haßhagen
Solos auf der Harfe 12462
Wirth, der bedeutende Xylophonsolist
Herr Fuchs u. Herr Bartels
Flügel und Banjo
Hickethier
Solo auf dem Piston

Die Meistersänger
Herrengesangsquartett
in ihrer Biedermeierscene

Kleine Preise — Bierabteilung
Platzbestellung
Telephon 8155

Wandschmuck

Original-Steinzeichnungen erster Künstler
für Wohnungen
und Siedlungshäuser
in der Ausstellung
Volksernährung und Gemeinwirtschaft
im Gewerkschaftshaus
Zimmer 9

Gewerkschaftshaus
Bußtag 12430
Im Wintergarten
gr. Künstlerkonzert
Auftreten erster Kräfte vom Stadttheater
Gute Speisen und Getränke in sämtlichen Räumen
Genossenschaftliche Speisen und Getränke

Wäsche
Wollwaren
Trikotagen
Baumwollwaren
Kleiderstoffe
Arbeiter-Garderoben

Beste Qualitäten

Billigste Preise

Textilhaus Rohweder

Hüxstr. 63—65

Freitag, den 21. November

ERÖFFNUNG

während der Eröffnungs-Woche
erhält jeder Käufer bei einem Einkauf von **4.—** Mark an
ein Geschirrtuch
von **8.—** Mark an
2 m gutes Hemdentuch
gratis
12461

Lübecker Volksbote

2. Beilage — Dienstag, 18. November 1924 — Nummer 271

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 18. November.

Ein morsches Gebäude.

Zwei Säulen trugen ein äußerlich stolzes Gebäude: den deutschen Obrigkeitsstaat, zwei Säulen: Kirche und Heer.

Beide glaubten, feste Stützen von Thron und Altar zu sein, aber der Glaube war eitel. Wohl kann ein Heer eine Herrschaft ausüben, doch sie dauert nur solange, wie kein stärkerer Gegner da ist. Dann folgt der Krieg, der Schrecken der wahren Kultur, der Hohn der Menschlichkeit, und Hunger, Elend und Niedergang sind die Folgen. Wohl kann eine Kirche entgegen aller Wissenschaft und Forschung gläubige Seelen lenken, solange sich solche finden. Aber sie verliert die Herrschaft über die Massen in dem Augenblick, wo die Gleichgültigkeit aufhört und die Massen zu denken beginnen. Zurzeit lebt die Kirche nur von der Gleichgültigkeit. Und es regt sich schon hier und da. Die Geister beginnen sich zu scheiden.

Warum? — Weil die Kirche sich nicht der Zeit anpaßt. Sie lebt noch in der Zeit von vorgestern. Sie ist keine geistige Macht mehr wie früher. Sie hatte verspielt, als sie ihre Freiheit aufgab, als sie Knecht des Obrigkeitsstaates, Untertan der Geldmacht wurde. Und sie glitt weiter bergab, als sie den moralischen Boden verließ, als ihre Diener Kriegsleute, Kriegshetzer wurden, als sie die Religion verlor. Kirche und Religion sind jetzt getrennt. Die Massen beginnen es zu begreifen.

Ein Teil drängt in die rechtsgläubigen Sekten, die die neue Zeit nicht verstehen wollen, ein anderer Teil geht zu den Freidenkern über. „Fort mit alten Dogmen, wir wollen die Diesseitsreligion!" ist ihre Losung. Sie kämpfen für bessere Verhältnisse auf der Erde, für die wahre Gemeinschaft der Menschen, für Freiheit und Brüderlichkeit nicht nur innerhalb künstlich gezogener Grenzen, sondern darüber hinaus im Sinne unserer größten Dichter und Denker.

Ein morsches Gebäude zerfällt . . . .

Ein neuer Tempel ersteht. Der Grundstein ist gelegt. Der Sozialismus setzt Stein auf Stein. Langsam wachsen die Mauern empor.

Willst du nicht mitbauen? P.

Statistischer Monatsbericht

Bevölkerungszuwachs.

Nach der Fortschreibung des statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende Oktober 123 228 gegen 122 767 im Vorjahre. Es brachte die natürliche Bevölkerungsbewegung im letzten Monat einen Gewinn von 63 (45 männliche und 18 weibliche) Personen und die Wanderungsbewegung bei 2138 Zugezogenen und 1800 Weggezogenen einen solchen von 338. An gelernten Arbeitern zogen 128 zu und 109 fort und an ungelernten 118 bezw. 61; auch bei den Handlungsgehilfen war der Zuzug (140) größer als der Fortzug (95). Unsere Stadt hat nach langer Pause zum ersten Male wieder erheblich zugenommen. Die Heiratsziffer ist gegenüber dem Vormonat etwas gestiegen; es wurden 76 Ehen geschlossen gegen 58 im September und 102 im vorjährigen Oktober; zum wiederholten Male heirateten 19 Männer und 12 Frauen. Die Gesamtzahl der Geborenen belief sich auf 173 (92 Knaben und 81 Mädchen) gegenüber 145 im Vormonat und 165 im Vorjahre. Von den Kindern waren 15 oder 8,7 (10,9) v. H. unehelich und 6 oder 3,5 (3,0) v. H. tot. Die Zahl der Sterbefälle war genau so hoch wie im Vormonat: 104, davon 45 männlich und 59 weiblich, und 26 niedriger als im vorjährigen Oktober. Von den Gestorbenen wurden 24 oder 23,1 (23,1) v. H. bis zu 15 Jahren alt, während 42 oder 40,4 (38,5) v. H. das 60. Lebensjahr überschritten hatten. Die Verhältniszahlen (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) betrugen im Oktober für Eheschließungen 7,3 (1923: 9,9), für Geburten 16,6 (16,1) und für Sterbefälle10,0 (12,7). Die hauptsächlichsten Todesursachen waren Krankheiten der Verdauungsorgane 15 (9), Tuberkulose und Krebs je 12 (12 bezw. 9) und Krankheiten der Kreislauforgane 10 (14). An Typhus verstarb 1 männliche Person und an Diphtherie 1 Knabe. Durch Selbstmord endeten 2 und infolge Verunglückung 3 Personen. Die Säuglingssterbeziffer (auf 1000 Lebendgeborene und auf das Jahr berechnet) war mit 88,6 erheblich niedriger als die vorjährige (120,0). Es starben 15 (23) Kinder im Alter von unter einem Jahr, hierunter an angeborener Lebensschwäche 7 und an Magen- und Darmkatarrh 6 Kinder.

Die Vielzuvielen.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" mußte kürzlich bei einer Betrachtung der Lebensmittelverteuerung zugeben, daß die „Vielzuvielen" einen Teil der Schuld tragen. Sie gesteht:

„Aus der Uebersicht über die Preisgestaltung für die einzelnen Artikel der Lebenshaltung ist zu ersehen, daß wir es zum Beispiel beim Schweinefleisch mit einer Spanne von 71 %, beim Rindfleisch mit einer Spanne von 130 % zwischen dem Lebendgewicht und dem Schlachtgewicht zu tun haben, während die entsprechenden Zahlen vor dem Kriege 18 % bezw. 63 % waren. Hieraus geht ohne weiteres hervor, daß der **Weg vom Erzeuger zum Verbraucher viel zu lang ist und viel zu viel Spesen erfordert!** Nicht, als ob dermaßen über die einzelnen an diesem Verarbeitungsprozeß beteiligten Instanzen der Stab gebrochen werden soll! Nur eben zeigt es sich, daß die Zahl dieser Instanzen, die alle mitverdienen wollen, eine viel zu große ist. Und wie es bezüglich der Fleischpreise bestellt ist, so steht es auch auf den meisten anderen Gebieten der Lebensmittelversorgung. Vielfach handelt es sich dabei um einen Fehler der Organisation, die leider in der Nachkriegszeit an Umfang zwar beträchtlich zugenommen, an Zweckmäßigkeit dagegen vielfach stark eingebüßt hat."

Hoffentlich tritt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" nun auch für die genossenschaftliche, unnütze Instanzen ausschaltende Bedarfsdeckung ein.

Der Einheitsstimmzettel.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird in allen Wahlkreisen ein Einheitsstimmzettel verwandt werden, der gegenüber dem der letzten Wahl wesentliche Verbesserungen enthält. In dem neuen Einheitsstimmzettel sind die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien nicht mehr in neben- und untereinander angeordneten Feldern aufgeführt, sondern in Querstreifen untereinander gestellt. Die Kreiswahlvorschläge der einzelnen Parteien tragen in allen Wahlkreisen des Reiches die gleiche Nummer und zwar die ihres Reichswahlvorschlages. Dieses Verfahren hat unzweifelhaft große Vorteile: die Wahlpropaganda wird außerordentlich vereinfacht und Irrtümer sind fast ganz ausgeschlossen. Auf dem Stimmzettel der einzelnen Wahlkreise erscheinen natürlich nur die Parteien, die dort Kreiswahlvorschläge eingereicht haben; es wird daher öfter vorkommen, das Nummern auf ihm ausfallen. Nachstehend bringen wir das Muster des neuen Einheitsstimmzettels zum Abdruck.

Reichstagswahl
Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck.

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Kröger, Dr. Leber, Stelling, Dreger, Moltmann, Schröder	⊕ 1
2	**Deutschnationale Volkspartei**	◯ 2
3	**Deutsche Zentrumspartei**	◯ 3
4	**Kommunistische Partei Deutschlands**	◯ 4
5	**Deutsche Volkspartei**	◯ 5
6	**Deutschvölkische Freiheitspartei**	◯ 6
7	**Deutsche Demokratische Partei**	◯ 7

usw.

Die Stimmzettel tragen am Kopf den Aufdruck „Reichstagswahl" und die Bezeichnung des Wahlkreises. Sie werden nur im Abstimmungsraum zugleich mit den amtlichen Wahlumschlägen an die Wähler verteilt. Den Parteien ist es nicht gestattet, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken und ihn mit einer Eintragung an ihre Anhänger zu verschicken oder zu verteilen. Durch ein in den Kreis gesetztes Kreuz bezeichnet der Wähler die Partei, der er seine Stimme geben will.

12. Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Bremen, 15. November. (Eigener Bericht.)

Am 14. und 15. November tagte in Bremen die 12. Verbandsversammlung der obengenannten Organisation, die von mehr als 300 Vertretern besucht war. Außer Vertretern der Bremer Regierung und Behörden nahmen auch mehrere Vertreter von Reichs- und Landesministerien an dieser Tagung teil. Bemerkenswert ist aus der Begrüßungsansprache des Vertreters des Reichsarbeits- und Reichsjustizministeriums die Mitteilung, daß auf Grund mehrerer dringlicher Anträge im Reichstag der Reichsarbeitsminister bereits in der nächsten Zeit den **Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes** der Reichsregierung, alsdann dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag vorzulegen gedenke.

Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und nach Wiederwahl des bisherigen Verbandsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Hedemann-Jena den ersten Vortrag über: „Das freie Ermessen in der Gerichtsbarkeit". Der Redner gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der gerichtlichen Beweistheorie. Bis etwa zu Beginn dieses Jahrhunderts galt die formale Beweistheorie, bei der der Richter den Schuldbeweis nach starren, unumstößlichen Formeln suchte. Das ersparte ihm eigene Stellungnahme und brachte seine eigene innere Stimme zum Schweigen. Seit etwa zwei Jahrzehnten hat die Bewegung des freien Rechts eingesetzt und sich machtvoll ausgebreitet. Die Richter entscheiden heute mehr oder minder nach freiem Ermessen, ob eine Behauptung wahr oder unwahr, ein Zeuge glaubwürdig ist, oder nicht. Die Freiheit des Richters ist dadurch gewaltig gewachsen, zugleich aber auch hat sich seine Verantwortung vergrößert. Diese Verantwortung könne nicht ernst genug genommen werden, da bei unserer in Gegensätzen zerrissenen Zeit auch bei dem Richter als einem Kinde seiner Zeit religiöse, allgemeinmenschliche, literarische und berufliche Abhängigkeit möglich sei. Die größere Freiheit in der Rechtssprechung sei zu begrüßen, aber sie könne des erhöhten Verantwortlichkeitsgefühls der Richter nicht entbehren.

Über „Neue Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte" sprach Obermagistratsrat Wölbling-Berlin, der dringend die endgültige Gestaltung der Arbeitsgerichte durch ein einheitliches Arbeitsgerichtsgesetz forderte. Die Arbeitsgerichte hätten sich der ihnen zugewiesenen Aufgaben und selbst ihrer ausgedehnten freiwilligen Tätigkeit vollkommen gewachsen gezeigt. Bedauerlich sei, daß man den Gewerbe- und Arbeitsgerichten die Schlichtungstätigkeit genommen und sie den Schlichtungsausschüssen übertragen habe; das Einigungs- und Prozeßwesen müsse bei den Arbeitsgerichten wieder vereinigt werden. Ein Rückschritt auf dem Gebiet der sozialen Rechtsprechung dürfe nicht geduldet werden.

Eine lebhafte Aussprache entwickelte sich über ein vom Richter Dr. Schmincke-Bremen erstattetes Referat: „Die Erfahrungen mit der neuen Schlichtungsordnung", in dem dieser die Mängel der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 hervorhob und sich dahin aussprach, daß die Schlichtungsordnung nichts mehr darstelle, als eine Notbrücke zu einem allgemeinen Arbeitsgerichtsgesetz. — Zwei Vertreter von Arbeitgebervereinigungen führten Klage darüber, daß es „zu viel Gerichtsbarkeit" gäbe, wodurch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung beeinträchtigt werde. In den Arbeitssondergerichten fehle es häufig an juristisch genügend vorgebildeten Personen. Es sei bedauerlich, daß die Berufungsgrenze bei den Arbeitsgerichten zu hoch sei und daß es gegen arbeitsgerichtliche Urteile keine Berufung gebe. Einer der Unternehmervertreter forderte die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit; die Berufung müsse eingeführt werden und Vorsitzender müsse ein Richter sein. — Den Standpunkt der Arbeitnehmer vertrat Clemens Nörpel von ADGB., der in den Ausführungen der Unternehmervertreter den Beweis erblickte, daß ihnen der Geist des Arbeitsrechtes völlig fremd ist. Der Sinn der Arbeitsgerichte, den Arbeitnehmern schnell zu ihrem Recht zu verhelfen, geht durch Herabsetzung der Berufungsgrenze und durch Hinausschiebung des Verfahrens zugrunde. Berufungsmöglichkeiten bei den Arbeitsgerichten würden in vielen Fällen dem Arbeitnehmer längere Zeit ihren eingeklagten Lohn vorenthalten. Schnelligkeit des Verfahrens bei den Arbeitsgerichten sei bedeutungsvoller als ein gelegentliches Fehlurteil. Die Arbeitnehmer betrachten es als wichtige Errungenschaft, daß über ihre Angelegenheiten Beisitzer aus der Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft entscheiden. Auch wir sind der Meinung, daß die jetzige Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit nur ein Provisorium ist. Die freien Gewerkschaften sind Anhänger des Gedankens eines Gesetzbuches der Arbeit, worin die unzähligen zerstreuten Bestimmungen der jetzigen Arbeitsgerichtsbarkeit zusammengefaßt werden. Es müssen selbständige Arbeitsgerichte mit abgeschlossenem Instanzenzug und eigenen Verfahrensvorschriften geschaffen werden. Die heutige Zerstreutheit der arbeitsrechtlichen Bestimmungen in verschiedenen Gesetzen verwirrt die Arbeitnehmer, die dadurch oft um ihr Recht kommen. Wir fordern weiter paritätisch zusammengesetzte Arbeitsbehörden, die alle Arbeitsfragen regeln. Unser Ziel ist, daß aus dem Geiste der Arbeiter heraus sich die Gerechtigkeit durchsetzen soll.

Das letzte Referat, mit der die Tagung abschloß, hielt Stadtrat Dr. Goldschmidt-Magdeburg über: **„Die Bedeutung der Zivilgesetznovelle"** für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte". Das Sühneverfahren der Novelle ist für die Gewerbegerichte nicht zwingend, doch hat das Gericht freie Hand betr. eines Sühnetermins. Das Mahnverfahren fällt bei den Arbeitsgerichten fort, weil es eine Verzögerung des Prozeßverfahrens bedeuten würde. Bagatellsachen kennen die Arbeitsgerichte nicht, denn auch der geringste eingeklagte Lohn ist für den Arbeitnehmer von großer Bedeutung. Ohne Bedenken könnten die Neuordnungen der Zivilprozeßnovelle, die weitergehend als die sondergerichtliche Regelung seien, für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte übernommen werden.

Die Tagung war damit zu Ende. Es wurde dem Verbandsausschuß überlassen, Zeit und Ort des nächsten Verbandstages zu bestimmen.

Gewerkschaften.

Um den Achtstundentag in den Bäckereien und Konditoreien.

Das Sonderschutzgesetz für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien bestimmt als tägliche Arbeitszeit 8 Stunden und verbietet die Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sowie in den Nachtstunden von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr.

Nach § 14 der neuen Arbeitszeitverordnung blieb es bei diesen Bestimmungen:

Für die Bäckereien und Konditoreien und die ihnen gleichgestellten Anlagen bewendet es bei der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1329).

Sehr verärgert darüber war das allzeit reaktionäre Unternehmertum in der Brotindustrie. Es bestürmte fortgesetzt die Reichsregierung und besonders den Reichsarbeitsminister, doch endlich auch die in der allgemeinen Arbeitszeitverordnung festgelegten Ausnahmen für die Bäckereien und Konditoreien zuzulassen. Bei der Begründung ihrer rückschrittlichen Anträge waren die Herrschaften nicht wählerisch. Sie legten der Regierung dar, daß bei der Einführung der 48-Stunden-Woche und der Streckung der täglichen Arbeitszeit bis zehn Stunden eine Senkung des Brotpreises eintreten werde, die in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung sicher von allen freudigst begrüßt wird.

Das Reichsarbeitsministerium ließ sich durch die fortwährenden Anstürme erweichen und verordnete, daß

in den Bäckereien nach den Bestimmungen der neuen Arbeitszeitverordnung die 48-Stundenwoche zugelassen werde und durch tarifliche Vereinbarungen eine längere als die tägliche 8stündige Arbeitszeit festgelegt werden kann. Wo jedoch solche Vereinbarungen nicht zustande kommen, kann von den obersten Landesbehörden die verlängerte Arbeitszeit festgelegt werden.

Nach dieser Verordnung finden also die Bestimmungen der §§ 1 und 5 von der neuen Arbeitszeitverordnung auch für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien Anwendung.

Diese Anordnung der Verlängerung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien ist ungesetzlich, denn nach der Verfassung ist kein Minister berechtigt, ein Gesetz auf dem Verordnungswege abzuändern oder gesetzliche Bestimmungen außer Kraft zu setzen.

Zu dieser rechtlichen Frage tritt noch die wirtschaftliche Seite hinzu. Ausgerechnet in einer Zeit fühlt sich der Reichsarbeitsminister verpflichtet, eine Verschlechterung des Bäckerschutzgesetzes durch Verlängerung der Arbeitszeit anzuordnen, in der nach der amtlichen Statistik über die Frequenz an den Arbeitsnachweisen ermittelt wurde, daß **über 12 000 Bäcker- und Konditorengehilfen arbeitslos sind.**

Die Unternehmer machen sich bereits die ministerielle Anordnung zu Nutzen und kündigen überall die mit der freien Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge, um die Möglichkeit einer Arbeitszeitverlängerung zu erreichen. **Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren rechnet in allen Fällen auf die tatkräftige Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft zur Abwehr des Brotwuchers und den Raub auf den Achtstundentag.**

Vermischte Nachrichten.

Todesurteil gegen zwei Frauen. Das Greifswalder Schwurgericht verurteilte die Geschwister Liesbeth und Gertrud Alm wegen Mordes zum Tode. Ein dritter Angeklagter, der Schlächter Erdbecher, wurde freigesprochen. Die 25 bezw. 29 Jahre alten Mädchen führten in Wieck auf Darß einer alleinstehenden Frau Butter die Wirtschaft. Als die betagte Frau am 20. März d. J. von einer Reise aus Breslau zurückgekehrt war, wurde sie von ihren beiden Hausangestellten, als sie ahnungslos im Bette lag, mit einer Axt erschlagen. Erst einige Tage später verscharrten die Mörderinnen die Leiche unter Torfmull im Stall. Nachbarn, die von der Heimkehr der Ermordeten wußten, erstatteten Anzeige als Frau Butter unsichtbar blieb. Der Schädel und die Rippen der Ermordeten zeigten unzählige Verletzungen und Brüche. Die entmenschten Weiber gaben auch zu, daß sie ruhig weiter geschlagen hätten, als die Ermordete beim ersten Schlag bat, man möchte sie doch leben lassen. Sie wollen von dem Mitangeklagten Erdbecher zur Tat angestiftet worden sein, damit er eine von ihnen schneller heiraten und sie sich in den Besitz der Wirtschaft setzen könnten. Dies wurde jedoch von Erdbecher bestritten. Die Mörderinnen, die geständig waren, führten außerdem die grausige Tat auf völlige Trunkenheit zurück.

Erdbeben auf Java. Nach einer Meldung aus Batavia haben am Mittwoch und Donnerstag auf der ganzen Insel Java heftige Erdbeben gewütet. 6 Dörfer sind völlig zerstört worden. Die Zahl der Toten soll 300—600 betragen.

Großfeuer in New-Jersey. — 35 Fabriken abgebrannt. „Chicago Tribune" meldet aus Neuyork: Ein großer Teil von New-Jersey ist von einem großen Brand heimgesucht worden, wie er in der Geschichte der Stadt einzig dasteht. Das Feuer brach um 9 Uhr morgens in einer Salpetermühle aus und verbreitete sich rasch über vier Stadtteile hin. Durch die durch zahlreiche Explosionen in die Luft geschleuderten Trümmerstücke wurde der Brand noch weiter verbreitet. Zu einem Teil fielen diese Stücke in eine Schar Schulkinder, von denen viele vermißt wurden; über 900 Familien sind obdachlos geworden. Ueber 35 Fabriken sind dem Brande zum Opfer gefallen. Zehn Feuerwehrleute werden noch vermißt. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 15 Personen schwer verletzt in das Hospital gebracht. Der Sachschaden wird auf Millionen Dollars geschätzt.

Eine deutsche Höchstleistung!

Teure Zeiten machen erfinderisch.
Die hohen Butterpreise brachten die große Erfindung
„Rahma buttergleich"

Probieren Sie noch heute
die
Margarine

„Rahma buttergleich"

Billig! Billig!

Herren- und
Burschen-
Garderoben
Damen- u. Kinder-
Garderoben
Baumwollwaren
Stoffe — Gardinen
Sämtl. Schuhwaren

Kaufhaus des Ostens
Fr. Wehrendt,
Lübeck,
Unt. Hüxstr. 116

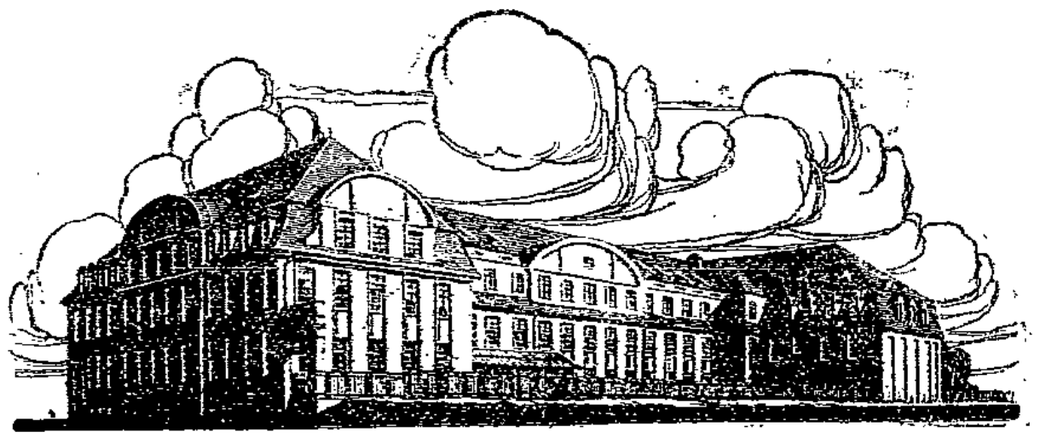
(12357)

Bettnässen
Beir. sof. Alter u. Geschlechtangeb. Auskunft umsonst
Institut Englbrecht
München B 63, Maistr. 16

VERLOBUNGSRINGE
333 585
750 900
gest.
Uhren
Goldwaren
Silberwaren
Württembergische und Wellner-Silb.-Bestecke
empfiehlt:
Willi Westtehling
Uhren- u. Goldwaren-Reparaturwerkstatt
32 Holstenstr. 32

Zigarren
eigenes Fabrikat
nur gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Hüxstrasse 18

Felle
und
Haare
kauft höchstzahlend
J. L. Würzburg
Wahnstr. 22a F. 733
Annahme von Fellen zum Gerben (12178



„GEG"-Zigarrenfabrik Frankenberg i. Sa.

Raucht genossenschaftlich!

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besitzt mehrere eigene Zigarren-, Zigaretten- und Tabakfabriken

Fördert auch auf diesem Gebiet die Gemeinwirtschaft und bezieht Rauchwaren **nur** durch den

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

12412

Im
„Handelshof"

dem modernen Kontorhaus am Bahnhof, sind noch mietfrei:

Im Parterre: (Rückfront) 1 Lagerraum, 4,60×13 m. 1400 M.

I. Etage: 1 Kontor (6 Fenster), 2200 M.

II. Etage: 2 Einzelzimmer, je 3 Fenster, 1050 und 1000 M.

III. Etage: div. größere und kleinere Kontore.

IV. Etage: 1 Kontor (3 Fenster) 850 M.

Mietepreis versteht sich einschl. Heizung, Paternoster- und Fahrstuhlbenutzung usw. 12453

Paetow & Stühmer
„Handelshof"

Geschäftseröffnung

Dem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich nach 3½jähriger Tätigkeit als 1. Friseurgehilfe auf dem hiesigen Hauptbahnhof mit dem heutigen Tage in dem Hause

Kleiner Schrangen Nr. 6
ein
Friseurgeschäft

eröffne. Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens. Mit der Versicherung zuvorkommender, sauberer Bedienung und strengster Reellität zeichne (12489

Hochachtungsvoll
Hermann Lindenau, Friseur

Zu verk. e. Holzstabilbaukasten (M. Walter), Maschinenbaukast. (12166 Eisenbahn, Wakenitzstr. 42 I.

Möllers billige Puppen-Klinik
(12421) **Wahnstraße 81**

Für den Winter!

Schotten in Halbwolle und reiner Wolle Meter	4.95	3.50	2.50	**2.20**
Streifen für Kleider und Röcke	4.60	3.50	2.90	**2.20**
Cheviot in nur la. Qualitäten	4.90	3.80	3.40	**2.75**
Popeline in reiner Wolle . . .	6.80	5.80		**4.80**

Heinrich Beuck, Lübeck
Breitestr. 25, Ecke Marienstr. 12398

An alle Asthmaleidende!

Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:

Die Kur mit **NYMPHOSAN-SIRUP brachte mir** glänzenden Erfolg. Das vom Felde herrührende **Asthmaleiden ist gänzlich beseitigt** und an Stelle der Melancholie ist höchste Lebensfreude getreten. Indem ich ihnen nochmals meiner Zufriedenheit Ausdruck gebe, zeichne ich
12390 hochachtungsvoll **H. L. in M.**

So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben. Bestand: Bals. Myr. cps. 3%, Na. br. 2%, Malt. 24%, Sacch. 16%, f. emuls. Preis pro Flasche 3.— M. Zu haben in den Apotheken. Wo nicht, wende man sich an die Alleinhersteller:

NYMPHOSAN A.-G., München 38. F. 22.

Köhler-Nähmaschinen
sind die besten! 12458
Vertr.: **Fr. Vedder,** Schwart. Allee 37
Auf Wunsch Teilzahlung!

Zu verk. Sparkochherd, 2 Gaszuglamp., Kinderw., Schrotmühle, Gartenb. u. Tisch, Leiter (7 m) u. a. m. 12427) Schlumacherstr. 4, I.

Ein Herren-Winter-Mantel billig zu verk. 12397) Heinrichstr. 5

Jüngl.-Paletot z. verk. 12374) Adolfstr. 2c.